

## Aufsätze und Forschungsberichte

# Ost- und Westpreußen zur Zeit des polnischen Novemberaufstands in den Berichten der preußischen Verwaltung (1828–1832)

von

Stefan Hartmann

Grundlage des vorliegenden Beitrags sind Verwaltungs-, Zeitungs- und Zensurberichte der preußischen Administration, die die inneren Verhältnisse der 1829 durch Vereinigung West- und Ostpreußens geschaffenen Provinz Preußen zum Gegenstand haben. Sie sind in der zur XX. Hauptabteilung „Historisches Staatsarchiv Königsberg“ des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin gehörenden Repositor 2 „Oberpräsidium Königsberg“ überliefert. Diese Akten sind im Hinblick auf die Auswirkungen des sich vornehmlich in Kongreßpolen abspielenden polnischen Novemberaufstands bisher nur unzureichend herangezogen worden. Ich erwähne hier die Arbeiten von Peter Böhning<sup>1</sup>, Peter Letkemann<sup>2</sup>, Horst Mies<sup>3</sup>, Rolf Engels<sup>4</sup> und Hans-Jürgen Belke<sup>5</sup>, von denen lediglich Böhning etwas genauer die Reaktion des westpreußischen Polentums auf den Aufstand behandelt. Einige Informationen zur Stellung Preußens gegenüber dem Warschauer Novemberaufstand vermittelt auch eine kleine Studie Manfred Lauberts.<sup>6</sup>

Eingehender hat die polnische Forschung die Ursachen, den Verlauf und die Folgen des Novemberaufstands beleuchtet.<sup>7</sup> Schwerpunkte sind die inneren Ereignisse in Kongreßpolen und die Resonanz der Aufstandsbewegung in Europa. Mit der Haltung Preußens gegenüber dem Aufstand hat sich Henryk

---

1) PETER BÖHNING: Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815–1871, Marburg/Lahn 1973, S. 27ff. (Marburger Ostforschungen, Bd. 33).

2) PETER LETKEMANN: Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Danzig 1815–1870, Marburg/Lahn 1967 (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas, Nr. 80).

3) HORST MIES: Die Preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Marienwerder (1830–1870), Köln, Berlin 1972 (Studien zur Geschichte Preußens, Bd. 17).

4) ROLF ENGELS: Die Preußische Verwaltung von Kammer und Regierung Gumbinnen (1724–1870), Köln, Berlin 1974 (Studien zur Geschichte Preußens, Bd. 20).

5) HANS-JÜRGEN BELKE: Die Preußische Regierung zu Königsberg 1808–1850, Köln, Berlin 1976 (Studien zur Geschichte Preußens, Bd. 26).

6) MANFRED LAUBERT: Beiträge zu Preußens Stellung gegenüber dem Warschauer Novemberaufstand v. J. 1830, in: Jb. für Kultur und Geschichte der Slaven, N.F., V (1929), H. 3, S. 381–389.

7) ZULETZT STEFAN KIENIEWICZ, ANDRZEJ ZAHORSKI, WŁADYSŁAW ZAJEWSKI: Trzy powstania narodowe [Drei nationale Aufstände], Warszawa 1992 (Instytut Historii PAN).

Kocój befaßt.<sup>8</sup> Beachtung verdient auch ein von Jerzy Skowronek und Maria Żmigrodzka herausgegebener Sammelband, der Genese, Bedingungen und Bilanz des Novemberaufstands erörtert.<sup>9</sup> In Anbetracht seiner speziellen Fragestellung ist der kurze Beitrag von Janusz Jasiński über das „Echo des Novemberaufstands in Ostpreußen“ für meine Ausführungen von Interesse.<sup>10</sup>

Zunächst soll der Blick auf die Verwaltungsorganisation der Provinz Preußen gerichtet werden. An ihrer Spitze stand als Oberpräsident der dem Reformkreis um den Freiherrn vom Stein zuzurechnende Heinrich Theodor von Schön, der am Oktoberedikt von 1807 über die Bauernbefreiung mitgearbeitet und danach die Sektion „Handel und Gewerbe“ geleitet hatte. Durch Kabinettsordre vom 25. Mai 1815 war er zum Oberpräsidenten der neugebildeten Provinz Westpreußen bestellt worden und hatte in dieser Funktion die Wiederbelebung von Handel und Gewerbe und den Aufbau eines leistungsfähigen Schulwesens betrieben. Im kirchlichen Bereich befaßte er sich mit der Neuordnung der westpreußischen Bistümer und der allmählichen Auflösung der Klöster und Domstifte auf dem Wege der Nichtbesetzung der durch sukzessiven Abgang von Ordensgeistlichen frei gewordenen Stellen. Ein schroffes Vorgehen gegen die katholische Kirche und deren Verankerung im Polentum lag Schön damals fern. Er versuchte vielmehr, durch Verbesserung der Bildung die polnischen Katholiken und ihre Geistlichkeit stärker in den preußischen Staat zu integrieren. Erst nach den Erfahrungen aus dem Novemberaufstand sollte sich in seinem Bewußtsein eine Veränderung hinsichtlich eines schärferen Kurses gegenüber der aufkeimenden polnischen Nationalbewegung vollziehen.<sup>11</sup>

Durch die 1824 erfolgte Vereinigung des Oberpräsidiums von Westpreußen mit dem von Ostpreußen, die beide Schön übertragen wurden, konnte dieser seine Kompetenzen bedeutend erweitern. Er konnte nun die Regulierung der Polizei-, Schul- und Kirchenverwaltung wie auch die der landrätlichen Organi-

8) HENRYK KOCÓJ: Prusy wobec powstania listopadowego [Preußen gegenüber dem Novemberaufstand], Warszawa 1980.

9) Powstanie Listopadowe 1830–1831. Geneza – uwarunkowania – bilans – porównania [Der Novemberaufstand 1830–1831. Genese – Bedingungen – Bilanz – Vergleiche], hrsg. von JERZY SKOWRONEK, MARIA ŻMIGRODZKA, Wrocław u. a. 1983.

10) JANUSZ JASIŃSKI: Odgłosy powstania listopadowego w Prusach Wschodnich [Das Echo des Novemberaufstands in Ostpreußen], in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, Nr. 1 (56), Olsztyn 1957, S. 99–104.

11) Zu Heinrich Theodor von Schön (1773–1856) vgl. LETKEMANN (wie Anm. 2), S. 20; ERICH HOFFMANN: Theodor von Schön und die Gestaltung der Schule in Westpreußen, Marburg/Lahn 1965, S. 37 ff. (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas, Nr. 71); HERWARD BORK: Zur Geschichte des Nationalitätenproblems in Preußen. Die Kirchenpolitik Theodors von Schön in Ost- und Westpreußen 1815–1843, Leipzig 1933, S. 17 ff. (Königsberger Historische Forschungen, Bd. 3).

sation in Angriff nehmen und Reformen in der Landwirtschaft einleiten, wobei er die Bedeutung der Domänen für die Kriegsschulden richtig erkannte. Der Oberpräsident sah sich hier mit der Agrarkrise der zwanziger Jahre konfrontiert, die durch das Überangebot auf den Getreidemärkten und die restriktive russische Zollpolitik bewirkt worden war.<sup>12</sup> Weil man in Berlin erkannte, daß alle diese Aufgaben nur im Rahmen einer größeren Verwaltungseinheit gelöst werden konnten, wurden am 3. Dezember 1829 die formell noch getrennten Provinzen mit den Regierungsbezirken Königsberg, Gumbinnen, Danzig und Marienwerder zur Provinz Preußen vereinigt. Erst 50 Jahre später wurden Ost- und Westpreußen verwaltungsmäßig wieder als einzelne Provinzen verselbständigt.<sup>13</sup>

Ausgangspunkt der Betrachtung sollen die Jahres- und Zeitungsberichte der Verwaltungsbehörden in Ost- und Westpreußen und „Litthauen“ – darunter wurde der Regierungsbezirk Gumbinnen verstanden – kurz vor Ausbruch des Novemberaufstands sein. Die wichtigsten Einkünfte der Regierungen waren die Domänen- und Forstgefälle, die direkten und indirekten Steuern – dazu gehörten die Chauseegelder – und die von der Justiz- und Polizeiverwaltung erhobenen Gebühren. Auf der Ausgabenseite standen die Deckung der Staatsschulden, Entschädigungen für Berechtigungen und Nutzungen und die Aufwendungen für die einzelnen Verwaltungszweige, wobei auf die Personalkosten der größte Anteil entfiel. Die Regierungspräsidenten waren gehalten, ihre Berichte urschriftlich an die Ministerien der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, des Innern und der Finanzen zu schicken. Der Oberpräsident erhielt von diesen Mitteilungen Abschriften<sup>14</sup>, die er oft mit eigenhändigen Bemerkungen versah. Nicht immer gelangten die Berichte termingericht in Schön's Hand. So bat der Königsberger Regierungspräsident Friedrich Ferdinand Meding<sup>15</sup> für die Abgabe des Verwaltungsberichts des Jahres 1828 um Fristverlängerung bis Mitte April 1829, weil ihm die Materialien erst im März zugegangen seien.<sup>16</sup>

Wie sehr Schön auf die Einhaltung der Vorschriften achtete, zeigt sich in seiner Zurechtweisung des Regierungspräsidenten von Gumbinnen, Heuer<sup>17</sup>, der seinen Bericht über Landeshoheits- und Grenzsachen dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zugeleitet hatte. Weil dieser Bericht nicht in die erwähnte Arbeit von Engels eingeflossen ist, sollen seine wichtigsten Punkte kurz referiert werden.

12) ENGELS (wie Anm. 4), S. 103 ff.

13) Vgl. MIES (wie Anm. 3), S. 14.

14) Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (weiterhin zit.: GStAPK), XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 3, 25. 3. 1829.

15) Zu Meding vgl. BELKE (wie Anm. 5), S. 42 ff.

16) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 3, 4. 4. 1829.

17) Ebenda, 25. 5. 1829. Zu Heuers Differenzen mit Schön vgl. ENGELS (wie Anm. 4), S. 49 ff.

1. „Die Regulierung der Grenze mit Polen [gemeint ist damit Russisch- oder Kongreßpolen] ist noch nicht weiter vorgerückt, als sie es im Jahre 1827 war.“
2. Trotz der bis in die ältesten Zeiten zurückgehenden Grenzstreitigkeiten sind die Besitzrechte fast überall zugunsten der preußischen Untertanen gewahrt worden.
3. Um eine Abgrenzung der streitigen Punkte herbeizuführen, hat man preußischerseits an die polnische Wojewodchaftskommission zu Suwalki den Antrag gerichtet, die Grenze von Ringen (Kr. Oletzko) bis zur Memel bei Schmalleningken (Kr. Ragnit) revidieren zu lassen. Die Ansprüche polnischer Gutsbesitzer sollen sämtlich auf den Rechtsweg verwiesen werden.
4. Die Grenze mit Rußland wurde im Jahre 1796 reguliert. Die Rezesse sind vollzogen, und es gibt bei dieser Grenze keine Streitigkeiten. Die Grenzbesichtigung und die Aufstellung der fehlenden Grenzzeichen werden im Laufe dieses Sommers [1829] vorgenommen werden.
5. Die Kartellkonvention mit Rußland und Polen vom 25. Mai 1816 über die Auslieferung von Deserteuren ist nach zwölfjähriger Dauer abgelaufen, wird aber stillschweigend als noch bestehend betrachtet.
6. Von Exzessen polnischerseits auf preußischem Territorium ist nur der Fall von Soldehnen wichtig, wo die „Excedenten“ [Händlerstifter, Frevler], ein Grenzwächter und zwei Kosaken, von polnischen Juden arretiert und eingeliefert, aber den polnischen Behörden überantwortet worden sind.
7. Im Jahre 1828 sind 328 Personen aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen ausgewandert, während nur 9 Immigranten verzeichnet werden. Der Hauptgrund für die Auswanderung ist die „leichte und wohlfeile Art, ein kleines Grundeigenthum in Polen zu erwerben“. Die Zahl der Emigranten ist jedoch im Verhältnis zur Bevölkerung – 506002 Seelen – nicht von Bedeutung.
8. Von seiten der Regierung wird eine Erleichterung des Handelsverkehrs mit Polen und Rußland dringend gewünscht, die beiden Teilen gleichen Vorteil bringen kann.

Daraus ergibt sich, daß kurz vor Ausbruch des Novemberaufstands der Grenzverkehr mit Polen und Rußland im Bereich des Regierungsbezirks Gumbinnen, abgesehen von unbedeutenden Streitigkeiten, ohne Hindernis funktionierte.

In seinem allgemeinen Verwaltungsbericht für 1828 geht Heuer wiederholt auf die Belange der polnischen Minderheit ein, wozu er auch die Masuren rechnet. Er spricht von dem polnischen Teil des Regierungsbezirks, der in Wirklichkeit niemals zu Polen gehört hat. Bei den von ihm erwähnten ländlichen Einsassen an der Grenze, die ihre Kinder im benachbarten Polen einsegnen ließen, um sie dem Schulbesuch zu entziehen, dürfte es sich wirklich um Angehörige polnischer Nationalität gehandelt haben. Daß im Berichtsjahr 345 Handwerker und 1221 Tagelöhner Arbeit in Polen und Rußland suchten, war auf den dortigen höheren Tagelohn zurückzuführen.<sup>18</sup>

Dagegen wird im Verwaltungsbericht für den Regierungsbezirk Königsberg<sup>19</sup> höchst selten auf die Belange des Polentums Bezug genommen, obwohl zu jenem das Ermland mit einigen von Polen bewohnten Landstrichen gehörte. Im Bereich des ländlichen Elementarschulwesens beklagt Regierungspräsi-

18) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 3, 20. 5. 1829.

19) Ebenda, 25. 6. 1829.

dent Meding „den Mangel an tüchtigen katholischen Schullehrern, besonders an solchen, welche der polnischen Sprache mächtig sind“. Man wolle junge Leute im Seminar zu Braunsberg zu Schullehrern ausbilden lassen, um sie dann im „polnischen Winkel“ des Ermlandes einsetzen zu können. „Vorzüglich bedarf der Kreis Allenstein der Unterstützung. Derselbe ist polnischer Zunge, sehr arm und am allermeisten in der Bildung zurück. Man findet unter den Bauern nur höchst selten einen Menschen, der schreiben oder auch nur Gedrucktes lesen kann“. Mit diesem Appell wußte sich Meding im Einklang mit Theodor von Schön, der in der Verbreitung deutscher Bildung das beste Mittel sah, in den preußischen Grenzgebieten die deutsche und die polnische Nationalität unter der Herrschaft einer recht verstandenen Staatsidee zu versöhnen. Dabei ging es ihm – ähnlich wie Friedrich dem Großen – nicht um Germanisierung, sondern um Kultivierung. „Als vornehmste Aufgabe galt ihm die Erziehung zur Menschlichkeit, die Hinführung zu sittlicher Freiheit, die den einzelnen zugleich an den Staat band.“<sup>20</sup>

Der durch seine Prägnanz bestechende Verwaltungsbericht des Danziger Regierungspräsidenten Johann Carl Rothe<sup>21</sup> läßt erkennen, daß die polnische Frage kurz vor Ausbruch des Novemberaufstands kein Thema war. Lediglich die ungestörte Getreide- und Holzzufuhr aus Russisch-Polen ist für ihn ein wichtiger Gegenstand.

Anders sieht es dagegen im Regierungsbezirk Marienwerder aus. An dessen Spitze stand seit 1825 Eduard Heinrich Flottwell, ein enger Vertrauter Schöns, der nach Ausbruch des Novemberaufstands zum Oberpräsidenten der Provinz Posen berufen wurde. Die polnische Forschung, z. B. Franciszek Paprocki, sieht seine politische und wirtschaftliche Tätigkeit unter dem Aspekt konsequenter Germanisierung<sup>22</sup>, was insofern nicht stichhaltig ist, als die Maßnahmen des Posener Oberpräsidenten eher bürokratischen als politischen Charakter hatten und sich damit deutlich von späteren Germanisierungsversuchen der preußischen Verwaltung unterschieden. Stärker als im Danziger Bezirk war in dem von Marienwerder der ethnische Mischcharakter ausgeprägt. Nach der Sprachenstatistik von 1831 hatten 37% der Bevölkerung das Polnische und 63% das Deutsche als Muttersprache angegeben.<sup>23</sup> In seinem Verwaltungsbericht für 1828 hebt Flottwell die langsame Verbesserung von Handel und Gewerbe hervor. Er beklagt indes, „daß Kolonial- und überseeische Waren beinahe bis an die Thore von Danzig von den Handelsplätzen an der Elbe und Oder und von Berlin bezogen werden und das Königreich Polen fast ausschließlich über Hamburg, Magdeburg und Berlin empfängt“.

20) Vgl. HOFFMANN (wie Anm. 11), S. 30.

21) Zu Rothe (1771–1853) vgl. LETKEMANN (wie Anm. 2), S. 58 ff.

22) FRANCISZEK PAPROCKI: Wielkie Księstwo Poznańskie w okresie rządów Flottwella (1830–1841) [Das Großherzogtum Posen zur Zeit der Verwaltung von Flottwell (1830–1841)], Poznań 1994, 2. Aufl., S. 62 ff.

23) MIES (wie Anm. 3), S. 16.

Für Flottwell war weniger die Nationalitätenfrage ein Problem – dieses stellte sich damals gar nicht<sup>24</sup> – als vielmehr die Umwandlung der in den wiedererworbenen Landesteilen des ehemaligen Herzogtums Warschau geltenden polnischen Steuern – dabei handelte es sich um die Rauchfangsteuer oder *Podymna* und die von den geistlichen, adeligen und städtischen Gütern erhobene *Ofiara* – in die alte preußische Kontribution. Auf Flottwells Betreiben hatte die marienwerdersche Regierung am 24. Oktober 1827 beim preußischen Finanzministerium einen Antrag auf Aufhebung der polnischen Steuerverfassung gestellt, dem der Regierungspräsident persönlich in Berlin Nachdruck verleihen wollte.<sup>25</sup> Alle Bemühungen scheiterten indes an den Bedenken des Ministeriums, das an der Erhebung der *Podymna* und der *Ofiara* in den Kreisen Kulm, Thorn, Strasburg, Löbau sowie in Teilen der Kreise Graudenz und Flatow festhielt.<sup>26</sup>

Weitere Gegenstände der Kritik in dem erwähnten Verwaltungsbericht sind der Mangel an qualifizierten katholischen Geistlichen, der durch die Auflösung des Priesterseminars in Kulm und die noch nicht erfolgte Eröffnung des neuen Seminars in Pelplin verursacht werde, und die ungenügende personale und sächliche Ausstattung der ländlichen Elementarschulen. Bedenklich erschienen der Machtmißbrauch einzelner kommunaler Amtsträger wie des Goluber Bürgermeisters Malinowski und das Umsichgreifen der Kriminalität. Ein trauriges Beispiel biete das im Kreis Schlochau gelegene Dorf Flötenstein, dessen Bewohner „die Sicherheit der Umgegend in einem solchen Grade gefährdeten, daß Reisende sich schon scheueten, sich demselben zu nähern“. Erst durch die Entsendung eines Kommandos Gendarmen, das sich auf Kosten der Dorfschaft dort acht Wochen aufgehalten habe, seien Ruhe und Ordnung wiederhergestellt worden.

Die Verwaltungsberichte für das Jahr 1830 spiegeln die Finanzlage der Provinz Preußen unmittelbar vor Ausbruch des Novemberaufstands wider. Das zeigt sich u. a. in den Einkünften aus den Domänen, Forsten und direkten Steuern. Für die einzelnen Regierungsbezirke ergibt sich folgendes Bild<sup>27</sup>:

#### 1. Domänengefälle

Regierungsbezirk	Solleinkommen	wirkliches Einkommen in Talern
Königsberg	513 399	493 969
Gumbinnen	583 714	557 361
Danzig	202 986	199 105
Marienwerder	299 471	291 498

24) BÖHNING (wie Anm. 1), S. 25 ff.

25) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 3, 27. 6. 1829.

26) MIES (wie Anm. 3), S. 71 f.

27) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 5, Bl. 100.

## 2. Forstrevenüen

Regierungsbezirk	Solleinkommen	wirkliches Einkommen
Königsberg	109 251	165 542
Gumbinnen	95 480	186 674
Danzig	57 522	69 657
Marienwerder	65 531	76 581

## 3. Grundsteuer

Regierungsbezirk	Solleinkommen	wirkliches Einkommen
Königsberg	305 621	307 002
Gumbinnen	117 332	124 337
Danzig	165 735	149 274
Marienwerder	169 683	167 888

## 4. Klassensteuer

Regierungsbezirk	Solleinkommen	wirkliches Einkommen
Königsberg	360 750	345 890
Gumbinnen	224 700	233 777
Danzig	148 225	130 289
Marienwerder	234 725	243 707

## 5. Gewerbesteuer

Regierungsbezirk	Solleinkommen	wirkliches Einkommen
Königsberg	82 950	91 044
Gumbinnen	27 900	32 493
Danzig	62 450	62 615
Marienwerder	37 300	42 289

Für alle vier Regierungsbezirke gilt, daß bei den Domänenfällen das wirkliche Einkommen hinter der Solleinschätzung nach dem Etat zurücklag. Dieses Minus ist auf die anhaltende Agrarkrise und auf die Schwierigkeiten bei der Domänenverpachtung zurückzuführen. Nachteilig war auch, daß die Domänenpächter kein politisches Vertretungsrecht in den Gremien hatten, die den Verteilungsmodus der Abgaben festsetzten.<sup>28</sup> Den Domänialfällen läßt sich entnehmen, daß die Organisation der Staatsgüter in Ostpreußen erheblich besser als in Westpreußen ausgebildet war. In den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen konnte das Domänenwesen Nutzen aus den Reformen Friedrich Wilhelms I. ziehen, von denen die Einführung der Generalpacht – sie brachte Festigkeit und Dauerhaftigkeit in den Wirrwarr der Ämterbewirtschaftung – die wichtigste war.<sup>29</sup> Im 1772 zum Hohenzollernstaat gekommenen Westpreußen – die Städte Danzig und Thorn kamen erst 1793 hinzu – bestand

28) Vgl. ENGELS (wie Anm. 4), S. 81 ff.

29) ROBERT STEIN: Die ländliche Verfassung Ostpreußens am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, Jena 1918, S. 36 (Schriften des Königlichen Instituts für ostdeutsche Wirtschaft an der Universität Königsberg, H. 5).

diese lange Tradition nicht. Hier bereitete die Umwandlung der altpolnischen Güterorganisation der preußischen Administration große Schwierigkeiten, die durch die Schaffung des napoleonischen Herzogtums Warschau vertieft wurden.<sup>30</sup>

Auch hinsichtlich der Forstrevенуен lagen die Bezirke Danzig und Marienwerder hinter den beiden ostpreußischen zurück. Die Ursachen waren die gleichen wie im Bereich der Domanialverwaltung. Die 1817 in Westpreußen auf Anordnung des Finanzministeriums in Kraft getretene neue Forstorganisation hatte noch keine durchgreifende Wirkung erzielt. „Zu viele Beamte entsprachen auch weiterhin nicht den erforderlichen fachlichen und persönlichen Voraussetzungen.“<sup>31</sup>

Dagegen bildete der Regierungsbezirk Gumbinnen bei der Grund- und Gewerbesteuer das Schlußlicht, was in den Ausführungen des Regierungspräsidenten Heuer seine Erklärung findet. „Angewiesen auf Ackerbau und Viehzucht, entfernt vom Weltverkehr durch ihre Lage und gestört in den früheren freieren kommerziellen Beziehungen mit den Nachbarstaaten, hängt der Wohlstand dieser Provinz [Litthauen] weit mehr von Getreidepreisen ab als der vieler anderer ... Die Entfernung der großen Absatzmärkte, der Mangel an schiffbaren Strömen und brauchbaren Kommunikationswegen erschwert die Versendung der Producte, erhöht die Transportkosten und vermindert den Gewinn, läßt daher die Bewohner dieses Departements beim Verkaufe ihrer Bodenerzeugnisse immer in nachtheilige Konkurrenz mit denen anderer begünstigteren Gegenden treten.“<sup>32</sup>

Aufschlußreich ist, daß der Regierungsbezirk Königsberg – sieht man einmal von den Domanialgefallen ab – in allen hier betrachteten Kategorien an der Spitze lag. Günstig wirkte sich die Anbindung an Königsberg aus, das fast die Hälfte des Gewerbesteueraufkommens des Bezirks bestritt und 1828 an vierter Stelle aller Städte der Monarchie stand. Mehr zahlten nur noch Berlin, Breslau und Köln.<sup>33</sup> Der Verwaltungsbericht der Königsberger Provinzialsteuereirdirektion für 1830 erhellt, daß im Berichtsjahr der Handel in nahezu allen Sparten prosperierte. So sei im Vergleich zum Vorjahr die Ausfuhr von Getreide wegen der besseren Nachfrage aus Deutschland, England, Frankreich und den Niederlanden bedeutend gestiegen. Die in den größeren Städten anstelle der Klassensteuer erhobene Mahl- und Schlachtsteuer habe höhere Erträge erbracht. Der Hinweis, daß für neun Meilen Berliner Straße, vier Meilen Barthensteiner Straße, eine Meile von Insterburg nach Gumbinnen und eine Meile von Preußisch Holland nach Elbing Wegegeld erhoben wurde, verdeutlicht,

30) Vgl. MAX BÄR: Die Behördenverfassung in Westpreußen seit der Ordenszeit, Danzig 1912, S. 88 ff.

31) MIES (wie Anm. 3), S. 91 ff.

32) GSTAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 3, 6. 4. 1829.

33) BELKE (wie Anm. 5), S. 88.

daß der Chausseebau in Ostpreußen gewisse Fortschritte gemacht hatte.<sup>34</sup> Der Schiffsverkehr in den wichtigsten Häfen des Regierungsbezirks Königsberg hatte eine weitere Belebung erfahren. Im Jahre 1830 verließen 697 beladene Schiffe den Memeler und 1021 den Pillauer Hafen. Die meisten von ihnen segelten unter britischer, dänischer, preußischer, niederländischer und hannöverscher Flagge.<sup>35</sup> Die Vergleichszahlen für Danzig lauteten: 1182 eingegangene Schiffe, darunter 886 mit Ballast, und 1149 ausgegangene Fahrzeuge, darunter 22 mit Ballast. Wie Königsberg brachte auch Danzig einen großen Teil der Gewerbesteuer des zugehörigen Regierungsbezirks auf.

Daß neben dem Regierungsbezirk Gumbinnen der marienwerdersche zu den benachteiligten Bezirken der Provinz Preußen gehörte, belegt der Bericht des Oberregierungsrats von Nordenflycht vom 6. April 1831, der das Amt des Regierungspräsidenten kommissarisch verwaltete. Erst am 31. Oktober jenes Jahres erhielt er seine offizielle Bestallung.<sup>36</sup> Das Jahr 1830 bezeichnet Nordenflycht als eines der schwierigsten. Der Winter 1829/30 sei von ungewöhnlicher Dauer gewesen und habe große Überschwemmungen in den Kreisen Thorn, Marienwerder, Schwetz und Stuhm zur Folge gehabt. Nachteilig sei die Beibehaltung der polnischen Steuerverfassung in dem 1815 mit Westpreußen wiedervereinigten Kulmer und Michelauer Landesteil. Der im benachbarten Polen ausgebrochene Aufstand habe „in den mit Bewohnern polnischer Zunge bevölkerten Gegenden und in den an der polnischen Grenze liegenden Kreisen einen gewissen Zustand der Aufregung hervorgebracht, welcher gerade in der Zeit, wo die Einziehung der Abgaben mit der größten Energie betrieben werden muß, eine nachsichtige Behandlung erheischte“. Bedenklich erscheine die kontinuierliche Zunahme der Kriminalfälle, die durch die in den meisten Gegenden des Departements herrschende Armut begünstigt werde. Damit stehe die wachsende Anzahl der Züchtlinge in der Strafanstalt Graudenz – nunmehr 253 Männer und 90 Frauen – in direktem Zusammenhang. Durch die Einrichtung fester Zellen im Souterrain der Anstalt habe man bewirkt, daß „tumultuarische und aufrührerische Bewegungen“ unter den Sträflingen künftig der Vergangenheit angehören dürften.<sup>37</sup>

Weitere Punkte in Nordenflychts Bericht sind die Bereiche der Ordnungs-, Feuer-, Wasser- und Gesundheitspolizei. Die große Zahl der Todesfälle in den Kreisen Marienwerder, Schwetz, Graudenz, Kulm, Stuhm und Thorn führt er vor allem auf die vorhergegangenen Überschwemmungen und den Rückstau der Weichsel und ihrer Nebenflüsse zurück. Ausführlich befaßt er sich mit der Kreis- und Kommunalverwaltung. Er bemängelt die fehlende fachliche und

34) Zum Straßenbau vgl. auch BELKE (wie Anm. 5), S. 124ff.

35) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 5, 27. 4. 1831.

36) Zu Jacob Justus Philipp Freiherr von Nordenflycht (1785–1854) vgl. MIES (wie Anm. 3), S. 28ff.

37) Vgl. STEFAN HARTMANN: Die Zwangs- und Verbesserungsanstalten in Graudenz 1831–1876, in: Westpreußen-Jb. 41 (1990), S. 37–50.

charakterliche Qualifikation mancher Landräte, z. B. des Landrats von Deutsch Krone, von Gernar, der zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Unbefriedigend sei das Nebeneinander der Steinschen Städteordnung von 1808 und der Munizipalitätsverfassung des ehemaligen Herzogtums Warschau. Hier sollte erst der Erlaß der revidierten Städteordnung vom 17. März 1831 den Weg zur Vereinheitlichung des Kommunalwesens im Regierungsbezirk Marienwerder öffnen.<sup>38</sup>

Mit großer Aufmerksamkeit betrachtet Nordenflycht den Ausbruch des polnischen Novemberaufstands, der durch eine relativ kleine Gruppe jugendlicher Verschwörer, besonders unter den Fähnrichen der Warschauer Offiziersschule, ausgelöst worden war, aber dank der Untätigkeit der russischen Militärbehörden und der großen Resonanz in breiteren Schichten der polnischen Öffentlichkeit rasch zur Absetzung des Zaren und zur militärischen Auseinandersetzung mit den russischen Okkupanten führte.<sup>39</sup> Im Bericht des marienwerderschen Regierungspräsidenten heißt es dazu wörtlich: „Die am Schlusse des Jahres in dem Nachbarlande eingetretenen politischen Ereignisse haben zwar in manche Verhältnisse störend eingegriffen, doch hat sich nirgends eine Besorgnis erregende Theilnahme der polnischredenden Bewohner des hiesigen Departements an jenen Unruhen kundgethan, wiewohl beim ersten Ausbruch der letzteren die Möglichkeit hierzu nach den Erfahrungen früherer Jahre nicht ganz bezweifelt werden konnte. Die öffentliche Ruhe ist nicht einen Augenblick gefährdet worden, vielmehr hat im Allgemeinen die Bevölkerung polnischen Stammes sich durch Ordnung und Folgsamkeit ausgezeichnet, wogegen die geheimen Wünsche und unpatriotischen Äußerungen einzelner Übelwollenden nicht in Betracht kommen. Es hat sich von neuem die Wahrheit bestätigt, daß nur durch Vertrauen auch wiederum Vertrauen erzeugt wird, daß ein offener kräftiger Gang der Verwaltung, welche kleinliche Fiscalitäten verschmäheth, nur allein die Herzen gewinnet und Leidenschaften zügelt, und der Unterzeichnete darf sich schmeicheln, durch das von ihm befolgte System zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe das Seinige beigetragen zu haben. Störend haben die politischen Verhältnisse besonders in den Districten an der polnischen Grenze, theils überhaupt, theils durch Zusammenziehung der dortigen Landwehr und durch Einberufung der Krieges Reservemannschaften sowohl zu dem Conitzer Garde Landwehrebataillon als zum stehenden Heer eingegriffen, indem der in jenen Gegenden schon zu gewöhnlichen Zeiten sehr fühlbare Mangel an Arbeitskräften dadurch noch weit drückender geworden ist und besonders die größeren Gutsbesitzer häufig in nicht geringe Verlegenheit gesetzt hat. Übrigens hat die öffentliche Sicherheit keine sonstigen bedeu-

38) DERS.: Zur Einführung preußischer Städteordnungen im westpreußischen Kreis Strasburg im 19. Jahrhundert, in: ZfO 34 (1985), S. 449–472, hier S. 449f.

39) Vgl. GOTTHOLD RHODE: Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965, S. 350f.; KIENIEWICZ/ZAHORSKI/ZAJEWSKI (wie Anm. 7), S. 173ff.

tenden Störungen erlitten. So ist namentlich das Transportwesen der Vagabunden und Verbrecher seinen geordneten Gang fortgegangen und noch mehr als früher geregelt worden . . . Streng ist darauf gehalten worden, daß kein Transport eingeleitet werden darf, bevor die Absendungs- mit der Empfangsbehörde über die Annahme in Communication getreten [ist], um die früher nur zu häufigen unnützen Transportkosten zu vermeiden.“<sup>40</sup>

In seinen Ausführungen entwirft Nordenflycht ein Bild der Ruhe und Ordnung, das durch die Erhebung in Russisch-Polen nicht im geringsten beeinträchtigt worden sei. Er lobt die Folgsamkeit der „Bevölkerung polnischen Stammes“, wobei für ihn der Gebrauch der polnischen Sprache der entscheidende Faktor der Zuordnung zum Polentum ist. Hier folgt er der Praxis der damaligen preußischen Administration, die nicht nach der Nationalität, sondern nach der „vorherrschenden Sprache“ fragte.<sup>41</sup> Von einer Kenntnis der Mentalität des den Novemberaufstand vornehmlich tragenden polnischen Adels – erst im Januaraufstand 1863/64 ist ein größerer Anteil bürgerlicher Schichten zu bemerken – ist er weit entfernt.

Jerzy Skowronek sieht in der polnischen Jugend und ihren Organisationen ein wichtiges Element der nationalen Bewegung Polens im 19. Jahrhundert. Die schneller eintretende Verselbständigung der Jugend innerhalb der Gesellschaft sei im Zusammenhang mit der Destabilisierung Polens infolge der Teilungen und des dadurch ausgelösten Demokratisierungsprozesses des politischen Lebens zu sehen. Die Literatur und Ideologie der Romantik habe die Jugend als Vorkämpfer und Garanten der Freiheit verherrlicht, die sich der geistigen Unbeweglichkeit der Väter entgegenstellte. Für Skowronek sind die Existenz einer begrenzten polnischen Staatlichkeit im russischen Königreich Polen und die Intensivierung der Wirtschaft wichtige Voraussetzungen des Novemberaufstands, habe doch die dadurch bewirkte größere Mobilität der Gesellschaft hauptsächlich die jungen Generationen erfaßt, „die sich zunehmend in sozialen, patriotischen und konspirativen Vereinen zusammenschlossen und zu einem Faktor des Fortschritts im geteilten Polen wurden“.<sup>42</sup> Diese Ausführungen machen deutlich, weshalb gerade von Offiziersschülern und Gymnasiasten die ersten Impulse zum Ausbruch des Novemberaufstands ausgegangen sind.

Die Argumente Nordenflychts stehen dagegen ganz unter dem Einfluß der Ideologie des preußischen Verwaltungsstaates, in dem die Ministerialbürokratie die Lücke der fehlenden Verfassung auszufüllen suchte. Maßgebend war hier die Rechtsphilosophie Hegels, der die Beamtenschaft als „allgemeinen Stand“ des Staates den übrigen Ständen der bürgerlichen Gesellschaft gegen-

40) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 5, 24. 3. 1831.

41) MIES (wie Anm. 3), S. 16.

42) JERZY SKOWRONEK: *Młodzież polska i jej organizacje w ruchu narodowym* [Die polnische Jugend und ihre Organisationen in der nationalen Bewegung], Warszawa 1994, S. 37ff.

überstellte. Allein die Beamtenschaft sei dem Gemeinwohl und dem objektiven Interesse des Ganzen verpflichtet, während die anderen Stände sich nur von ihren partikularen Gesichtspunkten leiten ließen. Hier „entstand die Ideologie des überparteilichen Obrigkeitsstaates, die als Antithese zu den Prinzipien des Parlamentarismus und des Parteien-Staates im deutschen politischen Denken noch bis in die Jahre der Weimarer Republik hinein eine höchst problematische Wirkung entfalten sollte“. <sup>43</sup> In Wirklichkeit wurde die polnischsprachige Bevölkerung Westpreußens nicht durch Nordenflychts System von „Ruhe und Ordnung“, sondern durch ein mangelndes politisches Bewußtsein vom Anschluß an die Insurrektion ferngehalten. Peter Böhning vertritt die überzeugende These, „daß der Grad des jeweiligen Engagements in erster Linie Ausdruck des Entwicklungsstadiums eines allgemeinen nationalen Bewußtseins war“. Der Verlauf des Novemberaufstands zeigt, daß dieses unter dem Polentum des Großherzogtums Posen stärker als in dem Westpreußens ausgeprägt war. <sup>44</sup>

Darüber hinaus sind dem Bericht des marienwerderschen Regierungspräsidenten Hinweise auf die Einleitung preußischer Präventiv- und Abwehrmaßnahmen gegenüber der in Kongreßpolen ausgebrochenen Erhebung zu entnehmen. So ist von der Einberufung der Landwehr und von Reservisten zum Konitzer Garde-Landwehrbataillon und zum stehenden Heer die Rede. Diese Maßnahmen waren im Sinne der preußischen Staatsräson folgerichtig und verständlich, weil ein Übergreifen des Aufstands auf Westpreußen und Posen möglicherweise das Erbe der Teilungen gefährdet hätte. In Berlin war man sich dessen bewußt, daß nur durch Konzessionen an die Russen der Status quo im Osten aufrechterhalten werden konnte. Das bedeutete im Klartext eine mögliche Unterstützung der russischen Truppen durch Unterbindung aller Nachschublieferungen für die Insurgenten bei formaler Bewahrung der Neutralität. Damit standen das in den Regierungsamtsblättern ausgesprochene Verbot für preußische Untertanen, sich den Aufständischen anzuschließen, und die Verhängung einer Grenzsperr gegenüber Russisch-Polen, die allerdings keineswegs so rigoros wie später zur Zeit des Januaraufstands war, in direktem Zusammenhang. <sup>45</sup>

Auch in den Zeitungsberichten der Regierungen findet der Ausbruch des Novemberaufstandes seinen Niederschlag. In dem für den Monat Dezember 1830 erstatteten Bericht des Gumbinner Regierungspräsidenten Heuer heißt es, die in Warschau ausgebrochene Insurrektion habe sich auf die benachbarte Wojewodschaft Augustowo ausgebreitet. Das russische Grenzkosakenkommando sei auf der Flucht vor den Aufständischen auf preußischen Boden über-

43) MANFRED BOTZENHART: *Reform, Restauration, Krise. Deutschland 1789–1847*, Frankfurt/Main 1985, S. 93 ff. (Neue Historische Bibliothek, Edition Suhrkamp, N. F., Bd. 252).

44) BÖHNING (wie Anm. 1), S. 27 ff.

45) Ebenda, S. 28; vgl. LAUBERT (wie Anm. 6), S. 381 ff.

getreten, aber von den diesseitigen Behörden wieder zurückgeleitet worden. Beunruhigungen oder Störungen von polnischer Seite hätten bis jetzt nicht stattgefunden. Ohne Hinderung verlaufe der Grenzverkehr mit Polen, wobei der Handel mit Manufaktur- und Kolonialwaren sogar zugenommen habe. Ferner berichtet Heuer vom Abrücken des 1. Litthauischen Dragonerregiments aus der Garnison Insterburg und der Verlegung zweier Schwadronen in die grenznahen Städte Lyck und Stallupönen. Außerdem habe man das erste Aufgebot der Landwehr bis zur Kriegsstärke einberufen und „auf marschfertigen Fuß“ gestellt.<sup>46</sup> Aufschlußreich ist hier, daß anscheinend der Bedarf an Luxusgütern wie Manufaktur- und Kolonialwaren gestiegen war und sich der Handel überhaupt belebt hatte. Heuer führt das auf die Zurückziehung der russischen Grenzkommandos und die weniger strenge Bewachung der Grenze durch die polnischen Behörden, aber auch auf die Unterbrechung der Warenzufuhr aus Moskau wegen der dort grassierenden Cholera zurück. Seine weiteren Ausführungen lassen erkennen, daß das Leben im Rahmen des Normalen verlief. Die Zahl der durch Feuer eingäscherten Gebäude – 5 Wohnhäuser, vier Ställe und 4 Scheunen – übersteige nicht das gewohnte Maß. Auf den Märkten seien 1512 Pferde – 37 mehr als im Vorjahr – gekauft worden. Die Verkaufspreise pro Stück hätten durchschnittlich „nicht voll 80 Thaler betragen“. Die Kassenbestände seien weitgehend ausgeglichen. Über das „allmähliche Aufhören der Cholera Morbus in Rußland habe man höchst befriedigende Nachrichten“ erhalten. Der Gumbinner Regierungspräsident konnte damals nicht wissen, daß die Seuche bald die preußische Grenze überschreiten und viele Todesopfer fordern sollte.

Ähnlich beruhigend klingt der gleichzeitige Zeitungsbericht der Regierung Marienwerder. Hier decken sich viele Passagen mit den früher erwähnten Äußerungen Nordenflychts. Erwähnenswert ist der Hinweis auf die Passivität der großen Masse der Bewohner des platten Landes gegenüber der polnischen Insurrektion, was auf die im Zuge der Bauernbefreiung erfolgte Eigentumsverleihung und die größere Unabhängigkeit der Bauern vom Einfluß der Gutsherren zurückgeführt wird. In Wirklichkeit kam dieser Teil des Steinschen Reformwerks vor allem dem Großgrundbesitz zugute, der viele kleine Bauernwirtschaften, die die Ablösungsbedingungen nicht erfüllen konnten, billig aufkaufen konnte.<sup>47</sup> Auch von den Städten – so unser Zeitungsbericht – sei nichts zu befürchten, weil dort „der polnische Theil der Bevölkerung durch den deutschen balancirt“ werde. Es gehörten ganz andere Ereignisse als die bisherigen dazu, „um einem verrätherischen Beginnen Erfolg zu verleihen“. Falsch schätzte man die wirklichen Machtverhältnisse in Kongreßpolen ein. Ende 1830 waren die Insurgenten überall auf dem Vormarsch, den die schwa-

46) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, Vol. 5, 1. 1. 1831.

47) Vgl. MIES (wie Anm. 3), S. 109f.; ERNST RUDOLF HUBER: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 1, Stuttgart u. a. 1957, S. 193ff.

chen russischen Abteilungen im Königreich nicht aufhalten konnten. Erst nach dem Eintreffen der von Feldmarschall Diebitsch<sup>48</sup> geführten russischen Armee konnte mit der Niederwerfung des Aufstands begonnen werden. Es war daher verfrüht, mit der Ablieferung gerade geschmiedeter Sensen und Piken in den polnischen Grenzortschaften große Erwartungen auf eine Beruhigung der Lage zu verbinden.<sup>49</sup>

Daß die preußische Administration nach Ausbruch des Novemberaufstands noch mehr als früher die Faktoren „polnisch“ und „katholisch“ sowie „evangelisch“ und „deutsch“ in einem engen Zusammenhang sah, beweist der in den Akten überlieferte Bericht des Regierungsrats Schirmeister aus Flatow vom 25. Dezember 1830<sup>50</sup>, der auszugsweise referiert werden soll:

„Dagegen aber zeigt sich jetzt, was ich früher gar nicht oder doch nur in seltenen Fällen bemerkt habe, eine gewisse Absonderung der Katholiken von den Evangelischen, die eine Spannung zur Folge gehabt hat, welche die letzteren mit Furcht erfüllt und schon Veranlassung zu bis jetzt noch unbedeutend gebliebenen Unordnungen gegeben hat . . . Auf die Fortschreitung des Schulwesens dürfte diese Absonderung der Religions-Parteien nicht günstig einwirken, weil in der Herrschaft [Flatow] in vielen Orten die verschiedenen Glaubensgenossen gemischt untereinander leben und keine Partei im Fall der Trennung kräftig genug ist, einen qualificirten Lehrer zu besolden. In der That stehen auch schon in der Herrschaft zwei catastrirte und von der Gutsherrschaft erbaute Schulen unbesetzt, weil keine beiden Religions-Parteien anständige Lehrer – der Lehrer muß in diesem Falle wenigstens der polnischen Sprache mächtig sein – zu finden sind. Daß ungeachtet der Vermischung deutscher und polnischer Einwohner die letzteren noch immer die polnische Sprache beibehalten und deshalb noch immer Polen bleiben, hat seinen Grund lediglich in dem Umstande, daß die katholischen Geistlichen den Gottesdienst immer in polnischer Sprache abhalten. Wird nicht mit Nachdruck dahin gewirkt, daß nur deutsch-katholische Geistliche angestellt und diese angewiesen werden, wenigstens allmählich den Gottesdienst deutsch abzuhalten, so wird die Mehrzahl der polnischen Westpreußen noch immer Polen bleiben. Das Dulden der polnischen Geistlichen und des Gottesdienstes in lateinischer und polnischer Sprache hält in dieser Gegend auf eine künstliche Weise polnische Sprache, Sitte und Nationalität – die hiesige Gegend ist seit 58 Jahren preußisch – aufrecht.“

Hier zeigt sich, welche Rolle die polnische Geistlichkeit im Bereich des ländlichen Schulwesens spielen konnte. Dabei wird ihre Funktion als Vermittlerin polnischer Sprache, Sitte und Nationalität erkennbar, die allerdings wegen des geringen oder fehlenden Bildungsniveaus des damaligen westpreu-

48) Graf Ivan Iv. von Diebitsch-Zabalkanskij (1785–1831). Er erlag wie Gneisenau der Cholera.

49) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, Vol. 5, 1. 1. 1831.

50) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 5, 25. 12. 1830.

bischen Polentums nicht überschätzt werden darf. Hier fehlten die Voraussetzungen wie Bildung, nationale Tradition und Mobilität, die wichtige Faktoren für den Ausbruch des Novemberaufstands in Russisch-Polen waren. Erwähnenswert ist, daß in der Zeit des Aufstands Zeitungsberichte nur für die Regierungsbezirke Gumbinnen und Marienwerder überliefert sind. Vielleicht liegt das daran, daß man in Berlin besonders an einer detaillierten Berichterstattung aus den Grenzdistrikten der Provinz Preußen interessiert war.

Betrachten wir nun die Verhältnisse der Provinz Preußen im Spiegel der Verwaltungs- und Zeitungsberichte für 1831. Überliefert ist zunächst der Bericht des Generalkommissars von Sydow, dem Oberpräsident Schön die Leitung des für die Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen zuständigen Landes-Ökonomie-Kollegiums übertragen hatte. Diese Behörde hatte die Aufsicht über die gesamten Regulierungsarbeiten und die Landeskulturangelegenheiten nach dem Landeskultur-Edikt, die Domänenverpachtung und -verwaltung und die noch nicht beendeten Eigentumsverleihungen an die Domänenbauern.<sup>51</sup> Nach Sydows Angaben waren im Berichtsjahr 849 Regulierungen, 358 Ablösungen und 1132 Gemeinheitsteilungen durchgeführt worden. Die zügige Inangriffnahme der Regulierungen sei indes durch den Ausbruch der Cholera erheblich behindert worden. Man könne zur Zeit nicht absehen, wann die Abwicklung der schwebenden Angelegenheiten abgeschlossen werden könne.<sup>52</sup>

Sehr viel ausführlicher ist der Verwaltungsbericht des marienwerderschen Regierungspräsidenten Nordenflycht.<sup>53</sup> Am Anfang steht die Beschreibung des Gesundheitszustands der Bevölkerung, der durch die im Juli 1831 ausgebrochene Cholera erheblich beeinträchtigt war. Die Seuche habe sich „von Ort zu Ort, von Kreis zu Kreis, mit alleiniger Ausnahme des Schlochauer Kreises, verbreitet“. Ärger als das Übel selbst „waren die gegen dasselbe angeordneten Schutz- und Sperrmaßnahmen, durch welche der Nerv des Lebens gleichsam abgeschnitten wurde“. Wie die Cholera sei auch die Rinderpest von Russisch-Polen eingedrungen und habe sich nach und nach über 20 Ortschaften der Grenzkreise Thorn und Strasburg verbreitet. Hinzu komme der schlechte Ausfall der Getreideernte, für den die „übermäßige Nässe“ verantwortlich sei. Die Einberufung der Landwehr des ersten und zweiten Aufgebots, die zahlreichen Todesfälle und der „Austritt vieler arbeitsfähiger Männer des geringeren Standes nach Polen“ habe einen Mangel an Arbeitskräften hervorgerufen. Besser sei dagegen die Lage der Produzenten, „weil sie in den hohen Preisen aller, auch der geringfügigsten zur Verzehrung geeigneten Producte, Ersatz gefunden haben“. Diese Preisentwicklung sei auf die in der Provinz zusammengezogenen preußischen Truppen, den Aufenthalt zahlreicher polnischer Insurgenten im Departement und die Bedürfnisse der in Kongreßpolen agierenden

---

51) Vgl. BELKE (wie Anm. 5), S. 143.

52) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 6, 15. 3. 1832.

53) Ebenda, 14. 4. 1832.

russischen Armeen, die teilweise von hier aus befriedigt würden, zurückzuführen. Positiv hätte sich auch der vermehrte Absatz von Leinwand und Wolle an die Armee ausgewirkt. Trotz der in Marienwerder angelegten, mit einer Dampfmaschine verbundenen Ölpresse werde noch immer der „bei weitem größte Theil der Saat in die westlichen Provinzen nach Berlin und Magdeburg verkauft, von wo dieselbe als Öl, in geläutertem und ungeläutertem Zustande, zurückkehrt“. Der allein für die hiesige Provinz wichtige Getreidehandel habe „im Laufe des Jahres theilweise eine umgekehrte Richtung genommen, indem ansehnliche Quantitäten von Roggen, Hafer und Mühlenfabrikaten nach Polen zur Versorgung der russischen Armee versendet worden sind“. Ein negatives Bild entwirft Nordenflycht von dem Handel nach Danzig. Die dort und in den Städten längs der Weichsel grassierende Cholera habe, verbunden mit der Grenzsperrung, zu erheblichen Stockungen geführt. Der Transithandel und die Transitschiffahrt auf der Weichsel von und nach Polen seien „höchst unbedeutend gewesen, was sich durch die bekannten politischen Ereignisse genügend erklärt“. Den kleinen Landhandel habe vor allem das sechsmonatige Verbot der Jahrmärkte empfindlich getroffen. Im Jahre 1831 seien die Wege- und Wasserbauten fast völlig zum Stillstand gekommen, wofür gleichfalls die Cholera und die Insurrektion in Polen verantwortlich seien.

Die in den Akten enthaltene Übersicht über den Viehbestand des Regierungsbezirks ergibt, daß hier die Kreise Marienwerder, Strasburg und Rosenberg an der Spitze lagen. Schwerpunkte der Schafzucht waren die Kreise Deutsch Krone, Schlochau, Konitz und Flatow mit ihren kargen Böden. Gegenüber dem Stand von 1828 hatte sich im Jahre 1831 die Zahl der Schweine um mehr als 12000 vermehrt, während umgekehrt die der Schafe um rund 40000 gesunken war. Eine Erklärung dafür findet sich in den von mir ausgewerteten Quellen nicht. Vielleicht ist hier schon der Trend zur allmählichen Verdrängung der Schafzucht durch die Schweinehaltung zu erkennen, der sich seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts ständig verstärkte.

Im Bereich des katholischen Kirchenwesens hebt Nordenflycht den Mangel an Geistlichen hervor, die der polnischen und der deutschen Sprache gleich mächtig waren. Diese müßten verstärkt in den „Landestheilen gemischter Zunge“ des Regierungsbezirks eingesetzt werden. Von Interesse ist sein Hinweis auf die definitive Aufhebung des Benediktinerinnenklosters in Graudenz und des Reformatenklosters in Christburg.

Die Ausführungen des marienwerderschen Regierungspräsidenten lassen erkennen, daß der Novemberaufstand im Verwaltungsbericht für 1831 weitaus stärker als in dem des Vorjahrs im Mittelpunkt steht. Inzwischen waren die Auswirkungen der sich in Kongreßpolen abspielenden Erhebung auf das benachbarte Westpreußen deutlich spürbar geworden. Das zeigte sich in den Bereichen von Handel und Gewerbe, im Chaussee- und Wasserbau, selbst in den Preisen für die geringsten Lebensbedürfnisse. Hinzu kam das Wüten der Cholera, die, da aus Russisch-Polen eingeschleppt, auch in Verbindung mit der In-

surrektion gesehen wurde. Mancher arbeitsfähige Mann wurde zur Landwehr einberufen oder ging über die Grenze nach Kongreßpolen, wofür die Motive nicht genannt werden. Möglicherweise versprach sich der eine oder andere durch den Anschluß an die Aufständischen Vorteile. Weil es sich dabei – so Nordenflycht – um Personen geringeren Standes handelte, ist fraglich, ob ihr polnisches Nationalbewußtsein dabei die Haupttriebkraft war. Daß dies nicht ganz ausgeschlossen ist, kann vielleicht der Bemerkung des Berichterstattenden entnommen werden, man müsse sich berechnete Sorgen für die Zukunft machen, weil „alle Gemüther, die einen durch Furcht, die anderen durch sträfliche Hoffnungen und Wünsche auf das höchste aufgeregt“ seien.<sup>54</sup> Interpretiert man diese Äußerungen in dem angedeuteten Sinn, würde das bedeuten, daß das westpreußische Polentum entgegen der Ansicht der deutschen Forschung<sup>55</sup> in gewisser Weise auf die Vorgänge im benachbarten Königreich reagiert und auch daran Anteil genommen hat. Zu diesem Problem sind anhand der Quellen noch genauere Untersuchungen erforderlich, um die Lücke im derzeitigen Wissensstand zu schließen. Aufschlußreich ist der Hinweis auf polnische Emissäre, die die Religion ins Spiel gebracht hätten, indem sie „das Gerücht von einer beabsichtigten Ermordung sämtlicher Katholiken durch evangelische Glaubensgenossen“ verbreiteten. Hier zeigt sich erneut die Gleichsetzung „polnisch“ = „katholisch“ und „deutsch“ = „evangelisch“, die die Nationalität unter dem Aspekt der Konfession – ein anderes Kriterium war das der Sprache – sah.

Die Bevölkerungsverluste der immer wieder als „Geißel“ bezeichneten Cholera im Regierungsbezirk Marienwerder lassen sich einer „Balance der Gestorbenen pro 1831 gegen 1830“ entnehmen.<sup>56</sup>

Kreis	1831	1830
	Todesfälle	
Flatow	1699	1176
Graudenz	2898	1904
Konitz	1589	1280
Deutsch Krone	1263	929
Kulm	2599	1772
Löbau	2042	1211
Marienwerder	2620	2290
Rosenberg	2714	1372
Schlochau	983	896
Schwetz	2661	1954
Strasburg	3733	1841
Stuhm	2083	1462
Thorn	3302	1894

54) Ebenda, 14. 4. 1832.

55) Als Beispiele nenne ich RHODE (wie Anm. 39), S. 374, BÖHNING (wie Anm. 1), S. 28, MIES (wie Anm. 3), S. 16f.

56) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 6, Bl. 54–56.

Gegenüber 1830 gab es im Jahre 1831 einen Anstieg um 1096 Geburten und um 10205 Todesfälle.

Der Tabelle ist folgendes zu entnehmen:

1. Alle Kreise des Regierungsbezirks weisen eine Zunahme der Sterblichkeit auf.
2. Mit weitem Abstand stehen die Kreise Strassburg, Thorn und Graudenz an der Spitze. Die Kreise Rosenberg, Löbau, Schwetz und Kulm liegen im Mittelfeld, während die Sterblichkeit in den westlichen Teilen des Bezirks, d. h. in Flatow, Deutsch Krone und vor allem Schlochau, sehr viel geringer ausgeprägt ist.
3. Rechnet man die Zahl der Geburten gegen die der Todesfälle auf, so hat die Bevölkerung im Jahre 1831 gegenüber dem Vorjahr um 9109 Personen abgenommen.

Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß die Cholera am stärksten in den Grenzkreisen zu Russisch-Polen grassierte und in westliche Richtung immer weiter abnahm.

Im Regierungsbezirk Danzig, der keine gemeinsame Grenze mit Polen hatte, machten sich die Auswirkungen des Novemberaufstands weniger als im marienwerderschen bemerkbar. Die Behauptung Letkemanns, abgesehen von der Einquartierung der zurückweichenden polnischen Truppen in die Niederungsgebiete sei im Danziger Bezirk von der Insurrektion kaum etwas zu spüren gewesen<sup>57</sup>, ist jedoch insofern zu korrigieren, als der für 1831 erstellte Verwaltungsbericht ausdrücklich auf die von den polnischen Unruhen verursachten Störungen des Handels und der Wirtschaft insgesamt verweist. Das habe sich vor allem bei der Zufuhr von Getreide und Holz aus Polen bemerkbar gemacht, die drastisch abgenommen habe. Der Ausbruch der Cholera und die dadurch ausgelöste Handelssperre habe „jeden Verkehr unmöglich gemacht, das Leben vertheuert und die Konsumtion verringert“. Wie Nordenflycht hielt auch der Danziger Regierungspräsident Rothe alle Sperrmaßnahmen für nachteilig und empfahl, „damit allenfalls bis an die Pommersche und Neumärkische Grenze zurückzugehen“. Besonders die Steuerverwaltung habe unter diesen Beschränkungen gelitten und ein Einnahmeminus von 163241 Talern gegenüber dem Vorjahr verzeichnen müssen. Dagegen sei es zu einer „übermäßigen Schreibung bei den Hauptämtern“ gekommen, die keinen Nutzen erbracht habe. Die unruhigen Verhältnisse veranlaßten manchen Beamten zu Defekten und Pflichtverletzungen, was gleichfalls negativ sei. Elbing liefere nach wie vor schlechte Verwaltungsergebnisse, vor allem bei der Schlacht- und Mahlsteuer. Über das Hauptsalzamt in Neufahrwasser sei erst ein Drittel des Salzbedarfs gedeckt worden. Alle Stromfahrzeuge befänden sich in den Händen russischer Militärlieferanten. Der Eingang von nur 604 Schiffen im Danzi-

57) LETKEMANN (wie Anm. 2), S. 307f.

ger Hafen belege den gestörten Verkehr mit dem Ausland. Auch der Ertrag der Branntweinsteuer habe gegenüber dem Vorjahr um 8000 Taler abgenommen.<sup>58</sup>

Welches Ausmaß die Unruhe unter der Bevölkerung im Krisenjahr 1831 erreicht hatte, belegt die Bemerkung, in Elbing habe die Bürgerschaft mehrere Tage in Furcht vor einem räuberischen Überfall aus den benachbarten kleinen Ortschaften gelebt, was allerdings nur in der Einbildung begründet gewesen sei. Die Cholera habe zu allerhand Verdächtigungen und Mißtrauen Anlaß gegeben, aber auch die selbstlose Hilfe zahlreicher Lehrer, Ärzte und Geistlichen gezeigt. Eingehend befaßt sich der Verwaltungsbericht mit der Lage Elbings. Hier hätten die drückenden Steuerlasten und der Rückgang von Handel und Gewerbe zum „Verschwinden der sonst in ziemlicher Anzahl vorhandenen begüterten Familien“ geführt. Auch die pekuniären Verhältnisse der kleineren Städte wie Neuteich, Dirschau und Marienburg seien anhaltend kritisch. Alleiniges Heilmittel wäre die Ablösung der „particularen Obliegenheiten durch die Gleichförmigkeit einer allgemeinen Besteuerung“. In Anbetracht der unbefriedigenden Finanzlage könne man nicht daran denken, die Verflachungen des Mottlaufusses zu beseitigen und den Chausseebau voranzutreiben.

Der in dieser Akte überlieferte Verwaltungsbericht der Provinzialsteuereinsicht Königsberg für 1831 läßt erkennen, daß der Handel und die Wirtschaft Ostpreußens gleichfalls durch die Folgen des Novemberaufstands und der Cholera bestimmt waren.<sup>59</sup> Am Anfang des Jahres sei „ein sonderbares Gemisch von vorhandenen günstigen Handelsbeziehungen und drohender gänzlicher Zerstörung des Verkehrs mit Rußland und Polen“ vorhanden gewesen. In den ersten Monaten hätten viele polnische Gutsbesitzer versucht, ihr Getreide nach Ostpreußen zu bringen und von dort über See verschiffen zu lassen, um den drohenden Zwangslieferungen in Polen zu entgehen. Ein bald darauf erlassenes Ausfuhrverbot der provisorischen Regierung in Warschau<sup>60</sup> habe den „lebhaften Verkehr auf die dürftigen Unternehmungen der Schleichhändler“ reduziert. Die Getreideknappheit in Kongreßpolen habe russische Bevollmächtigte zum Aufkauf von Getreide und anderen Verpflegungsgegenständen in Preußen veranlaßt, was für die Geschäfte manches ostpreußischen Kaufmanns günstig gewesen sei. Auch die in Preußen Schutz suchenden polnischen Truppen mit ihren zahlreichen Offizieren hätten zur Belebung des Umsatzes beigetragen. Auf die Steuereinnahmen habe sich „die Versteuerung mehrerer für Danzig und Elbing bestimmter Posten in Pillau“ vorteilhaft ausgewirkt. Aufschlußreich ist die Begründung des steigenden Weinkonsums mit

58) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 6, 2. 5. 1832.

59) Ebenda, 30. 4. 1832.

60) Nach RHODE (wie Anm. 39), S. 351, handelte es sich dabei um die aus dem Exekutivkomitee des Verwaltungsrats hervorgegangene „Vorläufige Regierung“, die Ende Januar 1831 durch eine fünfköpfige Nationalregierung mit Vertretern der Linken abgelöst wurde.

der sorgenfreieren Lage der mittleren Gutsbesitzer und der Empfehlung der Ärzte, dieses Getränk in mäßiger Weise als Heilmittel gegen die Cholera zu konsumieren. Auch bei Rum, Kaffee und Zucker war ein steigender Absatz zu verzeichnen, woran gleichfalls die etwa 6000 in Ostpreußen weilenden Polen Anteil hatten. Den größten Vorteil von den unruhigen Verhältnissen in Polen hatten Grenzbauern, Fuhrleute und Gastwirte. Eine zehnjährige Dauer dieser Verhältnisse werde – so der Bericht der Königsberger Provinzialsteuerektion – die Grenzkreise von „der Armuth in den Zustand der Behaglichkeit überleiten“. Nachteilig sei indes das immer spürbarere Ausbleiben des russischen und polnischen Getreides gewesen, wodurch die Lagerbestände erschöpft und die Ausfuhr über See merklich reduziert worden sei. Die wachsende Zufuhr von Kolonialwaren biete hier keinen Ausgleich, weil sie „der arbeitenden Klasse wenig Beschäftigung“ gebe.

Daraus ergibt sich, daß die Lage Ostpreußens während des Novemberaufstands erheblich günstiger als die Westpreußens gewesen ist. Daran dürften der geringere polnische Bevölkerungsanteil, die stabile Wirtschaft mit dem Zentrum Königsberg und die gut funktionierende Verwaltung in erheblichem Maße beteiligt gewesen sein. Während in den Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder der Straßenbau weitgehend stagnierte, wurde 1830/31 in Ostpreußen die Chaussee von Königsberg über Tilsit zur russischen Grenze fertiggestellt.<sup>61</sup>

Bei den in unserer Quelle wiederholt erwähnten Polen handelte es sich um Aufständische, die auf der Flucht vor den sie verfolgenden russischen Truppen nach Ostpreußen übergetreten waren. Sie stießen teilweise, vor allem bei der liberalen Bürgerschaft Königsbergs, auf Sympathie, die in ihrer „Polenbegeisterung“ hinter anderen deutschen Städten nicht zurückstand. Das habe aber – so Fritz Gause – die Kaufleute keineswegs gehindert, durch Lieferung von Vieh und Zwieback an die russische Armee viel Geld zu verdienen.<sup>62</sup> Gause erwähnt auch, daß die Polen in Königsberg zu Festen, Redouten und ähnlichen Veranstaltungen eingeladen wurden, weshalb der Winter 1831/32 besonders gesellig gewesen sei.<sup>63</sup> Janusz Jasiński sieht dagegen in der ostpreußischen Gesellschaft nicht nur Mitgefühl für die Insurgenten, sondern auch die Bereitschaft, aktiv am Aufstand gegen die russischen Unterdrücker teilzunehmen. Das sei besonders bei den mit den Polen stammverwandten Masuren der Fall gewesen. Er bezieht sich dabei auf Joachim Lelewel<sup>64</sup>, der 1834 schrieb, Preußen sei zur Hälfte polnisch. Aus der Zeit des Novemberaufstands sei ihm eine Reihe von preußischen Bürgern bekannt, die die Vereinigung Preußens,

61) BELKE (wie Anm. 5), S. 125.

62) FRITZ GAUSE: Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. 2, Köln, Graz 1968, S. 494.

63) Ebenda, S. 494.

64) Joachim Lelewel (1786–1861), polnischer Historiker. Er beeinflusste mit seinen Ideen die polnische Aufstandsbewegung des 19. Jhs.

Danzigs und Königsbergs mit Polen befürwortet hätten. Einer polnischen Veröffentlichung entnimmt Jasiński den Hinweis, die Bürger Braunsbergs hätten darauf gehofft, daß der Novemberaufstand zur Niederlage des Zarenreichs führen werde. Weil das gleichzeitig das von Rußland abhängige Preußen zu Falle bringen werde, sei damit der Tag der Befreiung des Ermlands gekommen. Erst nach dem Scheitern des Aufstandes habe man aufgehört, an die Wiedererstehung Polens zu glauben und sein Leben unter der preußischen Herrschaft eingerichtet.<sup>65</sup> Nach Jasiński war die Sympathie für die Aufständischen in allen Schichten der ostpreußischen Bevölkerung verankert; das habe auch für die niedrigsten Stände der Tagelöhner und Bauern gegolten. Lediglich ein Teil der Beamten und Offiziere wie auch einige bestochene Schriftsteller und Journalisten hätten die Ereignisse in Polen mit Mißtrauen beobachtet. In diesem Sinne wären auch die Äußerungen der Soldaten, die zusammen mit den Korps von Giełgud<sup>66</sup>, Chłapowski<sup>67</sup> und Rohland<sup>68</sup> die Grenze Ostpreußens überschritten hätten, zu verstehen. Die Sympathien für die Aufständischen seien keine Übergangerscheinung gewesen. So habe sich noch 1833 der Senat der Königsberger Universität der Forderung von Zar Nikolaus I. energisch widersetzt, polnische Studenten an die russischen Behörden auszuliefern. In den Ende Juli 1831 in Königsberg ausgebrochenen Unruhen sieht Jasiński einen gewissen Zusammenhang mit der „Polenbegeisterung“, obwohl jene in Wirklichkeit von der Furcht vor der grassierenden Cholera ausgelöst worden waren.<sup>69</sup> Vor allem im Hinblick auf die polnische Bevölkerung Ostpreußens zieht er das Fazit, daß ihr der Novemberaufstand Gelegenheit gegeben habe, ihre antirussischen und antipreußischen Gefühle zu manifestieren und ihre Solidarität mit den allgemeinpolnischen Bestrebungen auszudrücken.<sup>70</sup>

Die aus den fünfziger Jahren stammenden Ausführungen Jasińskis entsprechen der damaligen Position der polnischen Forschung, die in Preußen das Haupthindernis für die Wiederherstellung des polnischen Staates sah. Sie bezeichnete das preußisch-polnische Verhältnis von seinem Anbeginn an bis in die neuesten Zeiten als ständigen Kampf, der niemals durch eine ehrliche Einigung beschwichtigt worden sei. In ihren Augen war die Kontinuität anti-

65) Vgl. JASIŃSKI (wie Anm. 10), S. 99 ff.; er zitiert EMILIA SUKERTOWA-BIEDRAWINA, TADEUSZ GRYGIER: *Działacze Mazur i Warmii epoki Mickiewicza* [Die Akteure Masuriens und des Ermlandes in der Epoche von Mickiewicz], Olsztyn 1956, S. 12.

66) Antoni Giełgud, polnischer General (1792–1831). Er wurde während seiner Verhandlung mit den Preußen über die Entwaffnung von einem Insurgenten erschossen.

67) Dezydery Chłapowski, polnischer General (1788–1879). Er errang drei Siege über die Russen und wurde durch die Schuld seines Vorgesetzten Giełgud zum Übertritt über die preußische Grenze und zur Waffenstreckung veranlaßt.

68) Zu Franciszek Rohland vgl. KIENIEWICZ/ZAŁORSKI/ZAŁEWSKI (wie Anm. 7), S. 228.

69) GAUSE, Bd. 2 (wie Anm. 62), S. 496 f.

70) JASIŃSKI (wie Anm. 10), S. 101 ff.

polnischer Politik von Friedrich II. bis Hitler die negative Grundlage der beiderseitigen Beziehungen.<sup>71</sup> Von dieser einseitigen Auffassung ist die polnische Historiographie inzwischen zunehmend abgerückt. Gegenüber dem zaristischen Rußland erscheint Preußen nun in einem helleren Licht. Ein Beispiel für die zunehmend distanzierte und sachliche Beurteilung des Problems liefert die Arbeit von Grzegorz Jasiński, des Sohnes von Janusz Jasiński, über „die Masuren in der zweiten Hälfte des 19. Jhs.“, die sich gegen eine Überschätzung der Kontakte der Masuren zu Polen ausspricht und kein deutliches Engagement dieser Bevölkerungsgruppe in den polnischen Insurrektionen des 19. Jhs. erkennen will. Gründe dafür waren ihre loyale Gesinnung gegenüber dem preußischen Staat, aber auch ihr geringer Bildungsstand, der einer Politisierung des Bewußtseins entgegenstand.<sup>72</sup>

Die Verhältnisse Ost- und Westpreußens in dem von den Auswirkungen des Novemberaufstands und der verheerenden Choleraseuche geprägten Schicksalsjahr 1831 erhalten schärfere Konturen durch die Zeitungsberichte der Regierungspräsidenten von Gumbinnen und Marienwerder. Im Bericht des ersten vom 1. April 1831 hieß es, „aus den diesseitigen Grenzkreisen jenseits der Memel [seien] Meldungen über stattgehabte Unruhen und Zusammenrottungen von Landleuten unter Anführung von Gutsbesitzern ... eingegangen“. Diese stünden mit der polnischen Insurrektion im Zusammenhang. Für die Betreuung der nach Preußisch Litthauen geflüchteten russischen Militärpersonen, Zollbeamten und Zivilisten sei ein „besonderer Commissarius“ von der Regierung eingesetzt worden, der ihre Unterbringung in Tilsit und Umgebung veranlaßt habe. Außerdem sei das Nötige zur Sicherung der Grenzen gegen Einfälle der Insurgenten verfügt worden, und das Generalkommando in Königsberg habe zwei Landwehrkompanien nach Tilsit abrücken lassen. Zur Verhinderung des Einschleppens der Cholera diene die Einrichtung einer Quarantäne am Eingangspunkt der russischen Handelsstraße in Schmalleningken.<sup>73</sup>

Der gleichzeitige Bericht aus Marienwerder befaßt sich mit dem Vorgehen der polnischen Bank in Danzig, die 7500 Dukaten und 3274 Friedrichsdore [Goldstücke im Wert von je  $5\frac{2}{3}$  Talern] nach Thorn transferiert hatte, einem „Auflauf unter den Einwohnern der Arbeiter Klasse polnischer Abkunft“ in Kulm – er sei durch das Gerücht, daß die Deutschen über sie herfallen wollten, verursacht worden – und mit der Postierung polnischer Sensenträger in den benachbarten Wojewodschaften.<sup>74</sup>

71) Vgl. STEFAN HARTMANN: Die Preußentradiation in der polnischen Historiographie, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Neue Folge 5 (1995), S. 147–156, hier S. 149ff.

72) GRZEGORZ JASIŃSKI: Mazurzy w drugiej połowie XIX wieku. Kształtowanie się świadomości narodowej [Die Masuren in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. Die Entstehung des nationalen Bewußtseins], Olsztyn 1994, S. 20ff. (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie).

73) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, Vol. 5, 1. 4. 1831.

74) Ebenda, Bericht des Regierungspräsidenten von Marienwerder, 1. 4. 1831.

Wichtige Punkte in den von Mai bis Juli 1831 aus Gumbinnen einlaufenden Berichten sind die zunehmenden Übertritte von Flüchtlingen aus Polen, die Verletzung der preußischen Grenze durch die Insurgenten nachjagende russische Kavallerie bei Schwiddern (Kr. Johannisburg) und Czymochen (Kr. Lyck) – sie schleppte u. a. einen polnischen Priester gewaltsam nach Kongreßpolen zurück – und die feierliche Beisetzung des an der Cholera verstorbenen russischen Feldmarschalls Grafen von Diebitsch in einem in der Nähe von Dlotowen (Kr. Johannisburg) massiv erbauten Gewölbe. Mit großer Aufmerksamkeit wurden die Ereignisse jenseits der Grenze in Kongreßpolen betrachtet. Dort hatte die russische Armee nach der unentschiedenen Schlacht bei Grochów (östlich von Warschau) am 25. Februar 1831 allmählich die Oberhand über die ohne strategisches Konzept operierenden Insurgenten erlangt. Als entscheidende Schwachstelle erwies sich, daß es nicht gelang, die in Polen und Litauen kämpfenden Aufständischen durch eine einheitliche Führung zu koordinieren. Das verschaffte der Regierung in Petersburg die Zeit, weitere starke Kräfte nach Polen zu dirigieren, die unter dem Kommando des Grafen Paskevič-Ėrivanskij<sup>75</sup> rasch die Initiative ergriffen und Anfang September 1831 die Kapitulation Warschaus erzwangen. Um den von allen Seiten vorrückenden Russen zu entgehen, traten – wie schon erwähnt – zahlreiche Insurgentenabteilungen auf preußisches Gebiet über und wurden dort bis zur Rückkehr in ihre Heimat interniert. Als letzte größere Einheit der Insurrektionsarmee flüchtete Anfang Oktober 1831 das Korps des Generals Rybiński<sup>76</sup> auf preußisches Territorium, was nach außen hin den endgültigen Zusammenbruch des Novemberaufstands dokumentierte.<sup>77</sup>

Bedenklicher als die militärischen Ereignisse erschien der Gumbinner Regierung die von der „asiatischen Cholera“ ausgehende Gefahr. Am 1. August 1831 berichtete sie von dem Auftreten der Seuche in den Kreisen Pillkallen und Heydekrug, die vor allem von Flüchtlingen und Personen, die „des heimlichen Verkehrs mit Polen“ verdächtig seien, verbreitet würde. Ein Vierteljahr später hatte zwar die Krankheit ihren Gipfelpunkt überschritten, nun suchten aber Räuberbanden in zunehmendem Maße die Grenzdistrikte heim und plünderten die Gutsbesitzer aus.

Stärker als der Gumbinner Bezirk war der marienwerdersche von den Folgen des Novemberaufstands und der Cholera betroffen. Den dortigen Behörden bereitete die um sich greifende Unruhe unter der polnischen oder katholischen Bevölkerung – erneut wurden hier Nationalität und Konfession gleichgesetzt – Sorgen, die das Gebiet zwischen Kulm und Thorn erfasse und von der polni-

75) Ivan Fed. Paskevič-Ėrivanskij (1782–1856). Er wurde 1831 zum Fürsten Varšavskij ernannt.

76) Maciej Rybiński (1784–1874), polnischer General. Er spielte später in der Emigration eine wichtige Rolle als Führer des militärischen Flügels.

77) Zum militärischen Verlauf des Aufstands vgl. KIENIEWICZ/ZAHORSKI/ZAJEWSKI (wie Anm. 7), S. 196ff.

schen Geistlichkeit geschürt werde. In diesem Zusammenhang müsse man auch das Auftreten dreier fremder Bettelmönche im Kreis Schwetz sehen, die später spurlos verschwunden seien. Angesichts dieser Vorgänge zog die Regierung zu Marienwerder folgendes Fazit:

„Gewiß ist es in mehrfacher Beziehung tiefbetäubend, daß dergleichen sich ereignen kann, einmal, indem die scharfe Scheidewand erkennbar wird, welche der katholisch polnische Theil der Einwohner noch immer zwischen sich und dem deutschen erblickt, und fürs andere, indem dadurch die geistige Finsternis bestätigt wird, in welcher auch die hier wohnenden katholischen Polen noch befangen sind, da sie nicht nur einem solchen Wahne ganz allgemein sich hingeben, sondern auch vom Schutze der Staatsgewalten sich verlassen glauben können. Eine Verbesserung dieses Zustandes wird nur von der fortschreitenden Wirksamkeit der Schule, ganz vornehmlich aber von der allmählichen Verbesserung der Persönlichkeit der katholischen Geistlichkeit zu erwarten sein, welche ungeachtet einer meistentheils günstigen zeitlichen Lage nur zu häufig noch sehr tief unter der Stufe angemessener Bildung steht.“<sup>78</sup>

Diese Ausführungen bestätigen die Sicht des preußischen Verwaltungsstaates und insbesondere die Theodor von Schöns, der allein auf dem Wege einer gut funktionierenden Nationalerziehung und der Zurückdrängung des Einflusses der polnischen katholischen Geistlichkeit tiefgreifende Erfolge erhoffte.<sup>79</sup> In seinen Berichten über die allgemeine Stimmung in der Provinz hob er häufig hervor, daß alle Verstöße nur auf Veranlassung von Priestern zurückzuführen seien.<sup>80</sup> Letztlich war es den negativen Erfahrungen aus der Zeit des Novemberaufstands zu verdanken, daß gerade in Westpreußen in den folgenden Jahrzehnten das Elementarschulwesen zügig ausgebaut wurde.

Von Interesse sind die Informationen über das Eintreffen von 39 Mitgliedern der polnischen Senatoren- und Landbotenkammer in Strassburg und von 52 polnischen Offizieren aller Dienstgrade bei Thorn. Nach den Bestimmungen des preußischen Innenministeriums sollten sie auf dem kürzesten Wege über Frankfurt/Oder oder Stettin ins Ausland weitergeleitet werden. Die Emigranten hatten aber auch die Möglichkeit, ihren Aufenthaltsort „innerhalb Landes unter den Städten Stolp, Stargard, Schwedt und Magdeburg zu wählen“. Hieraus läßt sich entnehmen, daß Preußen trotz seiner ablehnenden Haltung gegenüber der polnischen Insurrektion ganz im Rahmen seiner traditionellen Asylpolitik verfuhr. Es hatte daher – so Manfred Laubert – „das Licht der geschichtlichen Kritik auch in der Frage seiner Stellung zur Warschauer Novemberrevolution in keiner Weise zu scheuen“.<sup>81</sup> Daß mit der Aufnahme flüchtiger Insurgenten manche Belastungen für die Behörden und die Bevölkerung verbunden waren, zeigt sich am Beispiel des Rybińskischen Korps, das einquartiert und verpflegt werden mußte. Besonders nachteilig war, daß viele

78) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, Vol. 5, 1. 7. 1831.

79) HOFFMANN (wie Anm. 11), S. 37ff.

80) Ebenda, S. 53.

81) LAUBERT (wie Anm. 6), S. 388f.

Soldaten ihre Abteilungen verlassen hatten und durch Diebstähle, Schlägereien und andere Exzesse die öffentliche Sicherheit gefährdeten.<sup>82</sup>

Die Verwaltungsberichte für 1832 machen deutlich, daß nach der Niederschlagung des Novemberaufstands und dem Erlöschen der Cholera rasch wieder normale Verhältnisse in Ost- und Westpreußen herrschten. Daran hatte die überall gut funktionierende Verwaltung, vor allem im Bereich der Steuer- und Domänenangelegenheiten, großen Anteil. Erwähnenswert ist, daß einige im Gumbinner Bezirk gelegene Erbpachtgüter und Forstabschnitte in Philipponen-Kolonien umgewandelt wurden. Dabei handelte es sich um orthodoxe Altgläubige, die vor Verfolgungen in Rußland geflohen und sich in Ostpreußen niedergelassen hatten.<sup>83</sup> Im Regierungsbezirk Gumbinnen hatten die Ergebnisse der Separationen und Gemeinheitsteilungen fast wieder das frühere Niveau erreicht, und die Erträge aus Domänen, Forsten und direkten Steuern lagen zwei bis drei Prozent über denen des Vorjahres. Die Gesamteinnahme der Regierungshauptkasse hatte sich sogar gegenüber 1831 vervierfacht.<sup>84</sup>

Auch die Verwaltungsberichte der Provinzialsteuerektionen von Westpreußen in Danzig und von Ostpreußen in Königsberg lassen einen allmählichen Wandel zum Besseren erkennen. Erstere registrierte ein Plus von rund 174000 Talern bei den indirekten Steuern, dem Salzmonopol und den Chausseegefällen. Lediglich die Kommunikationsabgaben waren im Vergleich zum Vorjahr um 25000 Taler niedriger. Der Berichterstatter führte diese positive Entwicklung im wesentlichen auf die zuverlässig arbeitende Verwaltung und den Wegfall der Handelssperre infolge des gänzlichen Erlöschens der Cholera zurück. Alle Hauptämter funktionierten reibungslos. Lediglich das Hauptsalzamt in Elbing habe „sehr wenig Geschäfte, und selbst diese gehen nicht immer ohne Reibungen und Verwickelungen zu Ende“. Die hohen Kommunalabgaben in Danzig hätten das Ergebnis, daß viele Bäcker und Fleischer ihre Betriebe in das Umland verlegten und man „täglich ganze Karawanen, Mehl-Pündel und Brodte unter  $\frac{1}{16}$  Centner tragend, von Oliva, Brentau und Striess, meilenweit entlegenen Orten, zur Stadt ziehen [sehe], eine verkehrte und widerwärtige Erscheinung“. Nachteilig sei auch, daß die Kreise Flatow, Konitz, Schlochau und Deutsch Krone hinsichtlich des Handels- und Gewerbeverkehrs fast gänzlich von der übrigen Provinz getrennt seien. Man müsse daher dort für den Scheffel Getreide doppelt soviel wie an der Weichsel bezahlen.<sup>85</sup> Festzuhalten bleibt, daß die Situation im Danziger Bezirk besser als in dem von Marienwerder war, wie noch zu zeigen sein wird.

Im Bericht der Königsberger Provinzialsteuerektion stehen die steigenden Erträge aus dem Umsatz von Zucker, Kaffee und vor allem aus dem Ge-

82) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 2, Vol. 5, 1. 11. 1831.

83) Vgl. ZOJA JAROSZEWICZ-PIERESŁAWCEW: *Starowiercy w Polsce i ich księgi* [Die Altgläubigen in Polen und ihre Bücher], Olsztyn 1995.

84) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 7, 3. 3. 1833.

85) Ebenda, März 1833.

treide- und Holzexport im Mittelpunkt. Bedeutend waren die Einnahmen beim Transit überseeischer Produkte nach Polen, wo inzwischen die Grenzen wieder geöffnet worden waren. An der Spitze der zollpflichtigen Artikel stand der Wein, der in größerer Menge nach Wilna und Warschau geliefert wurde. Im Gegensatz zu Königsberg könne indes Memel immer weniger mit den russischen Ostseehäfen konkurrieren. Die Akten erhellen, daß die Brennerei Pfaul in Braunsberg den größten Umsatz in Ostpreußen hatte. An der Branntweinfabrikation hatten neben den großen Unternehmern die größeren und mittleren Gutsbesitzer und die Bürger der kleinen Städte Anteil. Ähnliches galt für die Brauereien, von denen sich 568 in Städten und 793 auf dem platten Land befanden. Eine wichtige Einnahmequelle waren die beim Erwerb von Immobilien erhobenen Gebühren. Derartige Kaufgeschäfte hatten 1832 im Vergleich zum Vorjahr – vermutlich wegen der von der Cholera bedingten Bevölkerungsverluste – erheblich zugenommen. Erfreulich entwickelte sich auch die Seeschifffahrt. Als „interessante Erscheinung“ wird das Schiff „Lorch“ von der Insel Jersey erwähnt, das unmittelbar aus Rio de Janeiro mit Ladung für Königsberg nach Pillau gesegelt sei. Gesunken sei indes der Absatz von Salz nach Polen und Rußland, die nun stärker ihren Bedarf über die Häfen Livlands und Kurlands deckten.

Ein positives Bild zeichnet der Bericht von den Masuren. Für sie habe der polnische Aufstand, der viel Geld in die Grenzkreise brachte, einen vorteilhaften Effekt gehabt. Sie „galten sonst für Leute, welche nur für den laufenden Tag leben. Es hat indessen nur die Gelegenheit gefehlt, um an ihnen die Erfahrung zu machen, daß sie die Gunst der Konjunkturen zu nutzen und für ihre Wirtschaft nachhaltig zu stellen wissen. Man begegnet jetzt besser und reinlicher gekleideten Menschen, findet besseres Angespinn und sieht auf den Straßen und in den Krügen viel weniger Betrunkene“.<sup>86</sup>

Der Eintritt ruhiger Verhältnisse ermöglichte die Wiederaufnahme der Grenzregulierung zwischen Polen und Preußen. Sie erfolgte vor allem unter dem Aspekt, die um sich greifende Schmuggelei einzudämmen, an der zumeist russische Untertanen beteiligt waren. Auch die russisch-preußische Kartellkonvention über die gegenseitige Auslieferung von Deserteuren trat wieder in Kraft. Sie galt auch für die Auslieferung preußischer Untertanen, die an der polnischen Insurrektion teilgenommen hatten. Preußischerseits wollte man „diesen Individuen“ bei der Wiederaufnahme so wenig Schwierigkeiten als möglich machen, soweit es ihre „heimatlichen Verhältnisse“ zuließen. Zurückgewiesen werden sollten nur solche Personen, die sich fälschlich als Preußen ausgegeben hatten, um dem Transport nach Sibirien zu entgehen. Auswechslungsort für Deserteure war Bialla, wo ein Hauptmann von Stach als Commissarius fungierte.

---

86) Ebenda, 6. 3. 1833.

Aus dem Gumbinner Bezirk waren inzwischen die meisten der dort befindlichen Insurgenten nach Erlangung der Amnestie in ihre Heimat zurückgekehrt oder nach Frankreich gegangen. Nur einige wenige Offiziere hielten sich noch in Oletzko, Insterburg und Tilsit auf und warteten auf ihre Ausreise. Im Jahre 1832 wanderten 536 Personen aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen, darunter allein 400 aus den Kreisen Pillkallen und Stallupönen, nach Russisch-Polen aus, um dort billig einen der vielen während der Insurrektion wüst gewordenen Bauernhöfe zu erwerben. Die Regierung ließ sie ziehen, „indem in der Regel nur die ärmsten und diejenigen das Vaterland verlassen, welche nicht Lust zum Arbeiten haben und an welchen nichts verloren ist“. Auf Grund der Erfahrungen aus dem Novemberaufstand wurde die Paßerteilung den Landratsämtern übertragen. Die Magistrate in den Städten blieben davon ausgeschlossen.<sup>87</sup>

Der Danziger Regierungspräsident Rothe weist in seinem Bericht auf den fortschreitenden Ausbau des Elementarschulwesens, den langsamen Anstieg der Geburtenziffern bei gleichzeitigem Rückgang der Sterbefälle, die erfreuliche Stabilität der Molenwerke bei Neufahrwasser und der Dünenbepflanzungen an der Küste sowie auf die ordnungsgemäße Unterhaltung sämtlicher Chausseen hin. Auch an der Vervollkommnung der einzelnen Deichsysteme sei mit Erfolg gearbeitet worden. Die Zahl der in Danzig ein- und ausgelaufenen Schiffe liege bei 636 bzw. 620 und damit etwas über dem Niveau des Cholerajahres 1831. Unbefriedigend sei die weitgehende Stagnation von Handel und Gewerbe, die u. a. durch die gesunkenen Getreidepreise in England bedingt sei. Lediglich der Handel mit Knochen habe bedeutend zugenommen.

Am ungünstigsten war die Lage im Regierungsbezirk Marienwerder, hatte dieser doch am stärksten unter den Auswirkungen des polnischen Aufstands und der Cholera gelitten. Man habe – so der Verwaltungsbericht für 1832 – erst die Wunden heilen und überall Ordnung herstellen müssen. Die „Geldkräfte sowohl des Staates als der Communen und Privatpersonen [seien] durch vorhergegangene Opfer erschöpft“. Das Kirchen- und Schulwesen liege weiterhin im argen, und die meisten Kirchen- und Pfarrbauten hätten ausgesetzt werden müssen. Das Haupthindernis für das Gedeihen des Schulwesens sei der Mangel an tüchtigen Schulaufsehern. Die Zusammenziehung der Dekanate Lautenburg und Gorzno sowie Strasburg und Neumark zu Schulbezirken habe sich dabei als richtiger Weg erwiesen. Positiv müsse man auch die Einrichtung einer Sterbekasse für Lehrerwitwen durch den Tucheler Pfarrer Oloff beurteilen.<sup>88</sup> Trübe sehe es im Bereich von Handel und Gewerbe aus. Hier fehle es an Kapital und Unternehmungsgeist, um einen Aufschwung herbeizuführen. So sei die Fabrikation auf ihrem früheren Stand geblieben. Man arbeite „nur noch um das liebe Brot und schleppe gleichsam ein kümmerliches Dasein

---

87) Ebenda, 10. 3. 1833.

88) Vgl. dazu MIES (wie Anm. 3), S. 151.

fort“. Der Verkehr mit den angrenzenden polnischen Landesteilen sei wegen der russischen Grenzsperrung beeinträchtigt. Obwohl der Getreidehandel seine frühere Richtung zur See wiedergewonnen habe, sei er mit Eintritt der Erntezeit fast gänzlich ins Stocken geraten. Dagegen habe der im vorigen Jahr gestörte kleine Landhandel nach Freigabe der Jahrmärkte an Bedeutung gewonnen. Für Marienwerder und die umliegende Gegend werde die jetzt im Bau befindliche Kunststraße bis zur Weichsel von hohem Nutzen sein. Größere Vorteile verspreche indes erst die Fertigstellung der von Bromberg nach Danzig führenden Chaussee. Bedauerlicherweise sei die Eindeichung der Kulmer Stadtniederung an der Uneinigkeit der Interessenten gescheitert. Man hoffe aber, die Stromregulierung bei Schwetz zum Abschluß zu bringen. Die Lithographierung sämtlicher Karten von der Grenze mit Polen bis zur Montauer Spitze habe große Fortschritte gemacht. Auch die Karten der Kreise Graudenz, Flatow und Marienwerder seien bereits fertig. Man bedauere, kein anderes Bild liefern zu können „als der wirkliche Zustand des von der Natur nur wenig begünstigten, theilweise unverhältnismäßig dünn bevölkerten und in belebender Gewerbsthätigkeit noch tief zurückstehenden Departements solches gestattet“. <sup>89</sup>

Besonders ausführlich befaßt sich der erwähnte Verwaltungsbericht mit den Verhältnissen der inneren Sicherheit. Lobend wird hervorgehoben, daß „die Bewohner zur Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe bereitwillig die Hand geboten und sich selbst die Grenzkreise gegen Polen nicht ausgeschlossen haben“. Eines der lästigsten Geschäfte sei die Säuberung der Provinz von den polnischen Flüchtlingen gewesen. Die sich zur Zeit noch hier aufhaltenden Flüchtlinge aus den höheren Ständen gäben zu keiner Besorgnis Anlaß und stünden sämtlich unter polizeilicher Aufsicht. Sie könnten sich glücklich fühlen, unter einer Regierung zu leben, deren Verwaltungsgrundsätze sich von denen ihrer früheren Herrschaft wesentlich unterschieden.

Aufschlußreich ist, daß im Regierungsbezirk Marienwerder gegen preußische Untertanen, die sich der polnischen Insurrektion angeschlossen hatten, strenger als im Gumbinner Bezirk vorgegangen wurde. In der Regel wurde gegen diese ein Konfiskationsverfahren eingeleitet, das die Einziehung des Vermögens zur Folge hatte. Das betraf auch die im Kreis Stuhm gelegenen Güter Lichtfelde und Güldenfelde des Grafen Arnold von Skorzewski.

Abschließend soll der Blick auf Zensurakten gerichtet werden, die auf den Novemberaufstand Bezug nehmen. Ausgangspunkt ist hier die mit den Karlsbader Beschlüssen zusammenhängende preußische Zensur-Verordnung vom 18. Oktober 1819, die den Druck oder Verkauf von Büchern und Schriften ohne schriftliche Erlaubnis der Zensurbehörde verbot. Zweck der Zensur sollte die Unterdrückung aller Äußerungen sein, die den allgemeinen Grundsätzen der Religion, der Moral oder der guten Sitten, der Würde oder der Sicherheit

89) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 40, Nr. 10, Vol. 7, 25. 3. 1833.

Preußens, der monarchischen Staatsform oder den freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten widersprachen. Mit dem Mittel der Zensur wollte man auch staatsfeindlichen Umtrieben oder ungesetzmäßigen Verbindungen entgegenreten. Bedenklich war, daß mit Hilfe dieser dehnbaren Klauseln jede freie Geistesregung unterdrückt und verfolgt werden konnte.<sup>90</sup> Wie in anderen deutschen Staaten wurden auch in Preußen nach der Julirevolution die Zensurbestimmungen verschärft. Das galt vor allem im Hinblick auf den Novemberaufstand, der in den liberalen Kreisen Deutschlands und Europas eine große „Polenbegeisterung“ hervorgerufen hatte. Überall entstanden Polenkomitees, die sich nach der Niederschlagung des Aufstands für die Unterstützung der internierten polnischen Truppen auf ihrem Durchzug ins französische Exil einsetzten. Die zahlreichen Polenlieder verherrlichten das Schicksal der für ihre Freiheit kämpfenden Polen und verbanden damit die Hoffnung auf eine deutsche Revolution.<sup>91</sup>

In den hier betrachteten Zensurakten des Königsberger Oberpräsidiums wird zunächst die anonyme Schrift „Aufruf eines schlesischen Landwehmanns an seine schlesischen und preußischen Kameraden vor dem Abmarsche an die polnische Grenze“ aus dem Jahre 1830 erwähnt.<sup>92</sup> Die Berliner Zensurbehörde setzte sie auf den Index, weil der Verfasser die Absicht verfolgte, das preußische Heer und vor allem die Landwehr für eine gewisse politische Ansicht zu gewinnen. Diese bestehe im Schüren der Abneigung gegen den preußischen Staat. Oberpräsident Schön wies daraufhin umgehend die Polizeipräsidenten von Königsberg und Danzig an, den Verkauf der Schrift in ihren Bezirken zu verbieten. Ihre Ermittlungen ergaben, daß die Königsberger Buchhandlung Unzer zwar zwölf Exemplare davon gehabt, diese aber sofort wieder an die Einsender zurückgeschickt hatte. In Danzig und Elbing war der „Aufruf“ nicht verbreitet worden.

Weitaus größere Aufmerksamkeit erregte der erste Band eines Werkes von Hartwig Hundt-Radowski unter dem Titel „Polen in seiner tiefsten Erniedrigung“. Auf Antrag des Berliner Oberzensur-Kollegiums wurde allen Buchhandlungen und den Inhabern von Leihbibliotheken und Leseinstituten der Verkauf und die Verbreitung des Buches untersagt.<sup>93</sup> Das galt auch für das von Ernst Ortlepp verfaßte „Pfungstgedicht für Europa“ und dessen „Polenlieder“. Ortlepp war in den Augen der preußischen Behörden besonders verdächtig, weil er in zahlreichen Liedern und Gedichten die Polen als „ein Wunderwerk von allen Nationen“ besungen hatte.<sup>94</sup> Aus den Akten geht nicht hervor, wie-

90) ERNST RUDOLF HUBER: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 1: Reform und Restauration 1789 bis 1830, Stuttgart u. a. 1957, 2. Aufl., S. 749f.

91) Vgl. TESSA HOFFMANN: Der radikale Wandel: Das deutsche Polenbild zwischen 1772 und 1848, in: ZfO 42 (1993), S. 358–390, hier S. 373ff.

92) GStAPK, XX. HA, Rep. 2, Tit. 39, Nr. 10, Vol. 3, 3. 2. 1831.

93) Ebenda, 20. 6. 1831.

94) T. HOFFMANN (wie Anm. 91), S. 373f.

weit jene in Ost- und Westpreußen kursierten. Bekannt ist nur, daß die Königsberger Buchhandlungen Unzer und Bornträger aus Hamburg und Leipzig Werke Ortlepps erhalten und diese umgehend remittiert hatten.

Die ohne Nennung des Verfassers in Paris erschienene Schrift „Polens Schicksale seit 1763“ wurde wegen negativer Äußerungen über die russische Verwaltung des Königsreichs Polen und „die daraus hervorgehende Rechtmäßigkeit des letzten Aufstandes“ verboten. Hier zeigt sich, daß auch Angriffe gegen die zaristische Herrschaft, der man sich in Preußen zwecks Aufrechterhaltung der Teilungen verbunden fühlte, ein Grund für die Setzung auf den Index sein konnte. Gleichfalls in Paris war eine anonyme Schrift „über die polnische Frage“ herausgekommen, was die große Bedeutung Frankreichs für die Polenliteratur zur Zeit des Novemberaufstands erkennen läßt. Des weiteren seien „die Memoiren über Polen unter Russischer Herrschaft“ von Harro Haring, „die Wiederherstellung Polens oder ein allgemeiner europäischer Krieg“ und „Polens Kampf um seine Wiedergeburt im Jahre 1831“ erwähnt, die der preußischen Zensur zum Opfer fielen.

Alle diese Hinweise verdeutlichen, wie sehr die polnische Aufstandsbewegung die öffentliche Meinung in Deutschland und Europa beeinflußt hat. Das galt in besonderem Maße für die liberalen Kreise in Ost- und Westpreußen, deren Sympathie und Unterstützung man gewinnen wollte. Die Berichte der dortigen preußischen Verwaltung lassen erkennen, daß der Novemberaufstand in viele Bereiche des Lebens eingegriffen hat. Die nahe Grenze zu Russisch-Polen führte zu zahlreichen Berührungen mit den Insurgenten und den sie bekämpfenden russischen Truppen. Wenn man auch damals von einem in breiteren Schichten der polnischen Bevölkerung Ost- und Westpreußens verankerten Nationalgefühl nicht sprechen kann, so gibt es doch in den hier betrachteten Quellen verschiedene Zeugnisse über eine aktive Unterstützung der Insurrektion seitens preußischer Untertanen, auch solcher niedrigen Standes. Nicht ohne Grund ist immer wieder von der gefährlichen Rolle der katholischen polnischen Geistlichkeit zu lesen, die die Unwissenheit ihrer Gemeindemitglieder zur Agitation für die Ziele der Aufstandsbewegung, u. a. im Sinne der Wiedererstehung eines unabhängigen Polen, ausgenutzt habe.

Festzuhalten bleibt, daß die Auswirkungen des Novemberaufstands auf Ostpreußen weitaus geringer als die auf Westpreußen gewesen sind. Am günstigsten waren die Verhältnisse im Regierungsbezirk Königsberg, wo trotz der Grenzsperrung und sonstiger Beschränkungen Handel und Gewerbe nur geringe Einbußen erlitten. Am kritischsten war die Lage im marienwerderschen Bezirk, wo die Sozial- und Bevölkerungsstruktur zahlreiche Schwachstellen bot. Die dünne Besiedlung, der nationale und konfessionelle Mischcharakter der Bevölkerung und das fast völlige Fehlen größerer Gewerbebetriebe ließen diesen Distrikt gegenüber allen von der polnischen Insurrektion ausgehenden Einflüssen als besonders verwundbar erscheinen. Noch nachteiliger als der Aufstand selbst war die grassierende Cholera, die von russischen Truppen nach

Polen eingeschleppt worden und von dort in Ost- und Westpreußen eingedrungen war. Große Bedeutung kam in dieser Krisenzeit der gut funktionierenden preußischen Verwaltung zu, die vielerorts Maßnahmen zur Abwehr der Gefahren ergriff. Ihr Koordinator war Oberpräsident Theodor von Schön, dem die 1829 offiziell verwirklichte Vereinigung der Provinz Preußen bei der Erfüllung seiner Aufgaben zugute kam. Seinem Engagement war es im wesentlichen zu verdanken, daß in Ost- und Westpreußen nach dem Ende des Novemberaufstands und dem Erlöschen der Cholera allmählich wieder normale Verhältnisse hergestellt werden konnten.

### Summary

*East and West Prussia at the time of the Polish November Rebellion  
as reflected in the reports of the Prussian administration (1828–1832)*

This article is based on administrative records as well as newspaper and censorship reports of the Prussian authorities dealing with the domestic situation in the province of Prussia, which was established through the unification of West and East Prussia in 1829. The study examines the administrative activities, the economy, trade and industry in the four districts of Königsberg, Gumbinnen, Danzig and Marienwerder, but also the social, national and denominational structures of the population in the light of the insurrection broken out in Russian Poland towards the end of 1830.

It can be observed that the November Rebellion affected various parts of life. The closeness of the border led to frequent contacts with the rebels and the Russian troops fighting them. Even though at that time one cannot speak of a national sentiment deeply rooted in larger sections of the Polish population in East and West Prussia, the sources analyzed here indicate that the insurrection found active support among Prussian subjects, also in the lower classes. Finally, it can be noticed that the November Rebellion had considerably weaker effects on East than on West Prussia. More detrimental than the rebellion itself, however, was a cholera epidemic spreading over East and West Prussia from Poland, where it had been brought by Russian troops. During this time of crisis, the well-organized Prussian administration played an important role. It was mainly through the commitment of its competent coordinator, Königsberg's senior president Theodor von Schön, that, when the November Rebellion and the cholera had passed, East and West Prussia could gradually be restored to normality.